

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 36. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 16. Januar 2008
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Susanne Studer, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Dr. Guido Beretta-Sohm
Adam Rolf
Adam Philippe
Andreas Bammatter-Z'Graggen
Peter Th. von Arx
Sam Champion

Abwesend: Claude Rothen (anwesend ab 18.10 Uhr)
Kurt Kneier (anwesend ab 18.25 Uhr)

2/3-Mehrheit: 18:00 Uhr: 32 Anwesende = 22 Stimmen
18:10 Uhr: 33 Anwesende = 22 Stimmen
18:25 Uhr: 34 Anwesende = 23 Stimmen

Bereinigte Traktandenliste

1. Berichte des Gemeinderates vom 04.07.2007 und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 18.10.2007

-
- | | |
|--|----------------|
| betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 147'000.00 für die Umsetzung der 1. Etappe von Tempo 30 | Geschäft 3387 |
| 2. Bericht des Gemeinderates vom 17.10.2007 betreffend Teilrevision des Reglements über die Feuerwehr Allschwil vom 12.06.2002, 2. Lesung | Geschäft 3750 |
| 3. Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2007 betreffend Reglement über den ATLAS-Fonds der Einwohnergemeinde Allschwil, 1. Lesung / direkte Beratung | Geschäft 3749 |
| 4. Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 29.10.2007 betreffend Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12.04.2000, Verfahrenspostulat Josua M. Studer betreffend schriftliche Beantwortung von Interpellationen | Geschäft 3724A |
| 5. Bericht des Gemeinderates vom 19.12.2007 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 4'500'000.00 inkl. MWST für die Erstellung der ‚Sportanlage im Brüel‘ am Hegenheimermattweg (Parzelle A127) | Geschäft 3558B |
| 6. Postulat Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 19.06.2007, betreffend Kein Aussteigen am Morgartenring, sondern Basel – Allschwil direkt mit dem 6er! | Geschäft 3737 |
| 7. Postulat Sarah Lorenz Borer, CVP, vom 20.06.2007, zu den Auswirkungen der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde Allschwil | Geschäft 3738 |
| 8. Postulat Mathilde Oppliger / Felix Keller, CVP-Fraktion, vom 12.09.2007, betreffend Einführung Gemeinde-Tageskarte | Geschäft 3747 |
| 9. Postulat Josua M. Studer / Werner Schwarz / Susanne Studer, SVP, vom 11.10.2007, betreffend Einführung einer Ausgangssperre für Jugendliche unter 16 Jahren in der Zeit von 22 bis 06 Uhr ohne verantwortliche Begleitung | Geschäft 3755 |
| 10. Postulat Siro Imber, FDP, vom 14.11.2007, betreffend Konsequenzen der Unterschutzstellung der Schulhäuser Breite und Schönenbuchstrasse (neu) | Geschäft 3757 |

Nach der Pause:
INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 36 vom 16. Januar 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Susanne Studer

Begrüssung

Susanne Studer, Präsidentin: begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung im Neuen Jahr, insbesondere Herrn Helmy, der heute Herrn Rudolf-von-Rohr vertritt. Im Namen des Einwohnerrates gratuliert sie Frau Sarah Lorenz zur Geburt ihrer Tochter Sophia.

Mitteilungen der Präsidentin

Susanne Studer, Präsidentin: teilt mit, wer entschuldigt ist, und lässt die Präsenz feststellen. – Sie bittet, künftig den Wunsch nach Sonderstrukturen (Beamer etc.) jeweils bis 17 Uhr am Vortag einer Sitzung beim Sekretariat zu melden.

Die Präsidentin teilt den Eingang zweier Vorstösse mit:

1. Postulat der FDP-Fraktion betr. S-Bahn-Haltestelle Basel-Morgartenring-Allschwil

Siro Imber, FDP-Fraktion: verzichtet für den Moment auf eine Begründung.

2. Postulat der FDP-Fraktion betr. Verwertung von Grüngut und Küchenabfällen.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion: Am Montag nahmen einige Mitglieder der Umwelt- und Naturschutzkommission an der Führung durch die Bio-Power-Anlage in Pratteln teil. Darum überreiche ich ein Postulat mit dem Ziel zu überprüfen, ob auch Allschwil eventuell in der Zukunft Küchenabfälle mit der Grünabfuhr nach Pratteln zur Verwertung mitgeben will oder kann.

* * * * *

Traktandenliste

Susanne Studer, Präsidentin: stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist und keine Änderungsanträge vorliegen.

322 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

Traktandum 1

Berichte des Gemeinderates vom 04.07.2007 und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 18.10.2007 betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 147'000.00 für die Umsetzung der 1. Etappe von Tempo 30 Geschäft 3387

Armin Bieri, Vizepräsident der Verkehrs- und Planungskommission (VPK): Wir haben die Vorlage in mehreren Sitzungen besprochen und angeschaut; ihr habt den Bericht vor euch. Ich fasse die Ergebnisse zur Kenntnis kurz zusammen. Das Hauptargument des vorliegenden Berichtes seht ihr auf Seite 4. Als erstes, im ersten Abschnitt, haben wir die beeindruckende Halbierung des Halteweges von 50 auf 30 Kilometer. Also: Wenn ich aus 50 Kilometern auf null herunterbremsen muss, habe ich 26 Meter, wenn ich von 30 herunterbremsen muss auf null, habe ich 12,6 Meter. Das ist relativ massiv, ihr seht das als erstes: Der Anhalteweg halbiert sich. Zweitens haben wir in den Unterlagen auch die Geschwindigkeitsmessungen in den zwei Quartieren, in verschiedenen Strassen. Die Mehrzahl, 85 % - das ist ein Wert, der in der Verkehrssicherheit der Fahrzeuge allgemein üblich ist – sind zwischen 36 und 44 Kilometer, also nicht all zu schnell, [gefahren]. Das Problem sind aber die 15 %, die je nachdem wesentlich schneller sind; das war bei den einzelnen Messpunkten zwischen 58 und 78 Kilometer, was also schon relativ massive Geschwindigkeiten sind. Das weitere Hauptargument für die Einführung der Tempo-30-Zone sind die Geschwindigkeitsübertretungen. Wenn ich eine 30er-Zone habe, dann ist es eben mit 50 Kilometern schon relativ happig darüber, dann ist der Ausweis weg. Wenn ich aber eine 50-

Kilometer-Zone habe, dann ist das eben vollkommen legal. Und wenn man auf Punkt 1 schaut, dann ist da die Halbierung des Anhaltewegs: das ist in einer Quartierstrasse, wo es viele Kinder, viele Betagte hat, relativ entscheidend.

Wir haben breit die vorgesehenen Massnahmen diskutiert. Die zwei Hauptpunkte sind das versetzte Parkieren, das teilweise umstritten war, ob es Sinn mache oder nicht, und als Weiteres das Aufheben des Rechtsvortrittes. Das sind alles verschiedene Massnahmen, die gemacht werden können, die aber nicht zwingend sind. Weiter war noch ein Thema die Zahl der Parkplätze. Im Gesamten würde ein Parkplatz verschwinden in beiden Quartieren, wenn man die Massnahme einführen würde; also das ist parkplatzneutral. Hauptdiskussionspunkt war dann der Antrag, ob man die Vorlage dem obligatorischen Behördenreferendum unterstellen wolle, dort waren die Meinungen sehr divergierend. Ihr seht das auch, wir haben den Antrag verworfen, aber ganz knapp mit 4 : 3 Stimmen. Dann zu den Anträgen der Kommission: Da können wir die Anträge des Gemeinderat soweit unterstützen. Ihr seht, Antrag 4.1 ist mit 5 : 2 angenommen worden; 4.2 und 4.3 jeweils mit 6 : 1. Das wär's zur Arbeit der Kommission.

Gemeinderätin Saskia Schärer, Vorsteherin Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Die Vorgeschichte der Tempo-30-Vorlage ist eigentlich bekannt. Ich wiederhole sie hier aber trotzdem nochmals kurz. Im Oktober 2002 wurde von Hanspeter Frey von der FDP-Fraktion ein Postulat eingereicht. Das Postulat bezweckte, dass in Allschwil Tempo-30-Zonen eingerichtet werden sollen. Das Postulat wurde am 16. März 2003 durch den Einwohnerrat überwiesen, und zwar mit einem Stimmenverhältnis von sage und schreibe 34 : 3 Stimmen. Es war also eine sehr klare Sache, dass der Einwohnerrat damals das Postulat unterstützte. Ein weiteres Mal hat sich der Einwohnerrat in seiner Sitzung vom 16. November 2005 positiv zur Einführung von Tempo-30-Zonen geäussert, und zwar anlässlich des Zwischenberichts zum Postulat. Dort nahm er mit 21 : 8 Stimmen zustimmend Kenntnis. Auftragsgemäss hat sich der Gemeinderat darum an die Arbeit gemacht und eine Vorlage ausgearbeitet, und zwar unter der Federführung des Departements Einwohnerdienste und Sicherheit. Die Zuteilung des Projekts an dieses Departement machte grossen Sinn. Denn von Anfang an stand der Gedanke der Sicherheit für den Gemeinderat im Vordergrund. Zu dem Gedanken, oder zum Thema Sicherheit, möchte ich Ihnen jetzt gerne ein paar Folien zeigen. Auf der ersten Folie – das ist das, was Sie schon in der Vorlage haben – sehen Sie einen Vergleich des Anhalteweges, wenn mit Tempo 30 gefahren wird, und wenn mit Tempo 50 gefahren wird. Wenn man von einer Reaktionszeit von einer Sekunde ausgeht, dann sieht man, dass bei Tempo 30 ein Fahrzeug schon nach 12,6 Metern stillsteht. Bei Tempo 50 ist das erst nach 26 Metern der Fall. 12,6 Meter – 26 Meter, das ist also mehr als der doppelte Weg. Auf Folie 2 sehen wir, wie das auf die Strasse übertragen aussieht. Sie sehen, vom Auto aus aufgenommen, die Wege, wie das ist mit 12,6 Metern und mit 26 Metern. Und auf der nächsten Folie sehen wir das Gleiche, aber von der anderen Seite her, Richtung auf das Auto zu. Ich persönlich meine, dass bereits diese Folien eine sehr überzeugende Sprache sprechen.

Wir gehen aber weiter mit der Folie 4. Auf dieser Folie sehen wir die unterschiedlichen Aufprallstärken. Wenn Sie von einem Auto angefahren werden, das Tempo 30 fährt, dann entspricht das einem Fall aus dreieinhalb Metern Höhe. Wenn Sie von einem Auto angefahren werden, das Tempo 50 fährt, dann entspricht das einem Fall aus zehn Metern Höhe. Wir haben die dreieinhalb Meter und die zehn Meter Höhe auf ein Gebäude übertragen, das Sie kennen, und Sie sehen, bei Tempo 30 haben Sie doch noch eine gewisse Chance, nicht nur zu überleben, sondern dass Sie Ihr weiteres Leben, das Sie dann haben, auch noch einigermaßen normal leben können. Bei Tempo 50, meine ich, sieht man: Wenn man überhaupt überlebt, dann kann man dieses Leben wahrscheinlich nur noch ein Dahinvegetieren nennen. Eine grosse Chance, dass man nachher so ist, wie man vorher war, besteht nicht. Auf der nächsten Folie zeigt sich das, was ich soeben sagte, nochmals ganz deutlich. Da haben wir die Wahrscheinlichkeit für das Ansteigen des Todesfallrisikos. Auch diese Kurve ist sehr eindrücklich. Das sind vorwiegend Gedanken des Sicherheitsaspekts.

Neben dem Sicherheitsaspekt gibt es aber noch andere wichtige Gründe für die Einführung von Tempo 30. Ich habe sie auf der nächsten Folie zusammengetragen. Der erste hat auch nochmals mit dem Thema Sicherheit zu tun. Durch das langsamere Fahren entsteht eine bessere Wahrnehmung der Umgebung. Und der Fahrer, der die Umgebung besser wahrnimmt, kann auch sicherer fahren, kann schneller reagieren. Tempo 30 bringt eine deutliche Lärmreduktion. Tempo 30 bringt weniger Abgas. Tempo 30 bringt weniger Schleichverkehr. – [Zuruf aus dem Plenum, akustisch unverständlich] Darf ich bitte ausreden? Dankeschön! – All das führt zu einer höheren Lebensqualität in den Wohnquartieren. Ein Argument, das ich immer wieder gehört habe gegen Tempo 30, ist das folgende: In den Quartieren könne gar nicht viel schneller gefahren werden, selbst wenn Tempo 30 nicht eingeführt wird. Zu dieser Frage hat die Gemeindepolizei Messungen gemacht, und zwar ist an 9 Tagen beim Muesmattweg, bei den Schulanlagen Neu-Allschwil, gemessen worden. An dieser Stelle gilt eine Beschränkung auf 50 Kilometer

pro Stunde. Das Resultat dieser Messungen sieht man auf der nächsten Folie. Insgesamt 154 Fahrzeuge fuhr im gemessenen Zeitraum 50 oder schneller. Der grösste Teil fuhr zwischen 50 und 55, aber immerhin 28 Autos waren noch schneller als 55, und die schnellste gefahrene Geschwindigkeit war 69. Es muss mir also niemand sagen, es sei „nicht möglich“, schneller zu fahren. Die Anhaltewege bei den Geschwindigkeiten, die ich jetzt gerade nannte, sprechen auch wieder eine sehr deutliche Sprache. Das ist die Folie 8. Dort sieht man die verschiedenen Anhaltewege. Es ist das Gleiche wie vorhin bei der ersten Folie, einfach noch mit anderen Tempos aufgeführt. Man ist übrigens von einer Distanz zu einem Hindernis von 20 Metern ausgegangen. Und da muss man sagen, in Gebieten mit Schulhäusern kann das sehr schnell vorkommen, dass ein unerwartetes Hindernis, nämlich ein Kind, auf eine Distanz von 20 Metern die Strasse unverhofft betritt.

Das waren ein paar Worte zum Grundsätzlichen zu Tempo 30. Zur Vorlage selber habe ich eigentlich nicht sehr viel zu sagen. Es war uns ein Anliegen, Tempo 30 verwirklichen zu können mit möglichst wenig baulichen Mitteln und Massnahmen. Und ich denke, dieser Vorsatz, den wir hatten, diese Grundhaltung, ist uns bei der Umsetzung gelungen. Insgesamt sollen 4 neue Aufpflasterungen entstehen, und zwar sind diese 4 neuen Aufpflasterungen notwendig für die Sicherheit bei den Schulhäusern. Man sieht auf der Folie 9, das betrifft Feldstrasse/Lettenweg, und man sieht auf der Folie 10, das betrifft Bettenstrasse/Steinbühlweg. Dort sollen im Übrigen gleichzeitig die ungeliebten Pacer entfernt werden. Vielleicht noch etwas, das ich vorhin schon gehört habe zum Bericht der VPK, dass die Vorlage Rechtsvortritt und versetztes Parkieren vorsieht; es wurde dort gesagt, das seien keine zwingenden Massnahmen. Das stimmt nicht ganz. Zumindest Rechtsvortritt ist in einer Tempo-30-Zone gesetzlich vorgeschrieben. Das ist eine zwingende Massnahme. Das können wir nicht anders machen. Und das versetzte Parkieren ist die Massnahme, die sich in der Erfahrung als am besten erwiesen hat, um das Tempo zu drosseln. Und auch darum können wir nicht darauf verzichten. Denn wir dürfen keine Tempo-30-Zone einrichten, wenn wir nicht gleichzeitig dafür sorgen, dass das Tempo gedrosselt wird. Sonst wird es vom Kanton nicht bewilligt. Also waren uns auch dort die Hände gebunden. Das versetzte Parkieren ist insofern auch eine zwingende Massnahme.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Eintretensdebatte. Ich bitte die Fraktionen, nur zum Eintreten zu reden und sich beim Vizepräsidenten zu melden.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte Ihnen folgenden Ordnungsantrag stellen:

dass man das Geschäft heute zurückweist und um zwei Jahre verschiebt, also vertagt bis ins Jahr 2010;

und ich möchte das noch kurz wie folgt begründen: Grundsätzlich, denke ich, bin ich nicht gegen Tempo 30, weil es in gewissen Quartierstrassen durchaus sinnvoll sein kann, und der Anhalteweg effektiv reduziert werden kann. Ich meine allerdings, dass wir heute nicht übersehen dürfen, dass wir gerade an der letzten Einwohnerratssitzung über den Finanzplan redeten, und wir stellten ganz klar fest, dass unsere finanzielle Lage sehr angespannt ist, und dass man sehr genau schauen muss, was überhaupt noch drinliegt, und was sich die Gemeinde leisten kann. Und jetzt ist es ja leider so, dass das Geschäft über das Tempo 30 in der ersten Etappe mit 140'000 Franken-und-etwas verbunden ist. Wenn man dann die gesamte Tempo-30-Vorlage nimmt, dann werden es schon über 600'000 Franken sein. Und da bin ich der Ansicht, dass das im Moment finanziell nicht drinliegt. Ich bin aber nicht grundsätzlich gegen Tempo 30, und darum möchte ich gewissermassen als Kompromiss vorschlagen, dass man das Geschäft vertagt um zwei Jahre, damit man es dann nochmals anschauen kann.

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Wolf, das war ein Ordnungsantrag von Ihnen. Und nach § 72 Abs. 10 können Sie erst nach beschlossenen Eintreten das Rückweisen beantragen. Wir reden erst über eintreten oder nicht eintreten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Da wird der Volkswille missachtet. Wir haben, was die Vorgeschichte ist, Saskia Schärer, da geht man fairerweise drauf ein, x-mal vom Volk schon abgelehnt worden, diese Vorlage Tempo 30, aus verständlichen, menschlichen, logischen Gründen. Und da muss man nicht gewisse polemische Sachen da von so genannten Gutachtern einfach herbeiziehen und solche

Messungen und Zeugs, Psycho, was ein normaler Mensch ja gar nicht versteht, da einfach hinstellen. Und ich meine, es ist eben vor allem sehr bedenklich, dass die rot-grüne Verkehrsideologie, die in Basel-Stadt Schule macht, man macht ja schlechte Erfahrungen, wenn ihr die Augen aufmacht. Es gibt viel mehr Unfälle innerorts, wenn „Stop“ aufgehoben ist, das knallt andauernd, das müsst ihr halt auch, aber das interessiert euch nicht, oder, da geht ihr einfach nicht nachfragen. Es ist einfach ein kostenträchtiger Unsinn. Und grundsätzlich möchte ich einfach sagen, ist das hier drin eine Zwängerei gewesen, wie das zustande kam. Da gibt es dann gewisse Exponenten von weichsinniger Seite, die wirklich aus kommerziellen Gründen probieren, auf diesen Zug wieder aufzuspringen und so etwas wieder zu aktivieren, das wie gesagt – Verdikt des Souverän, Hanspeter Frey, ich schaue jetzt dich gerade an, ich finde es daneben und befremdend, so Politik zu machen in Allschwil. Wir sind...

Susanne Studer, Präsidentin: [unterbricht den Votanten] Herr Steiger, ich bitte Sie, es geht um eintreten! Sind Sie für Eintreten oder nicht für Eintreten?

Bruno Steiger, SD-Fraktion: ...begründet. Wir sind natürlich für Nichteintreten auf dieses Geschäft. Aufgrund von meinen Ausführungen. Ist das klar?

Basil Kröppli, SVP-Fraktion: Ich möchte etwas zum Eintreten sagen. Mein Votum wird etwas länger dauern. Es handelt sich nicht um konkrete Anträge zu dieser Vorlage; es geht mehr um Grundsätzliches. Und ich wäre froh, wenn wir da eine sachliche Diskussion führen könnten, nicht so, wie sie bis jetzt schon angelaufen ist. Wie gesagt, die Mehrheit der SVP will auf das Geschäft nicht eintreten. Tempo 30 hat eine Vorgeschichte in Allschwil, das ist richtig. Frau Schärer hat das gesagt. Wenn wir aber ein bisschen weiter zurückblenden, vor 2002, so gibt es ein paar Fakten, die man zur Kenntnis nehmen muss. 1996 wurde Tempo 30 mit 67 % der Stimmen des Volkes abgelehnt, 1998 mit 55 % der Stimmen des Volkes, und im Jahr 2001 mit brachialen 75 % der Stimmen; das war damals eine eidgenössische Initiative, die das schweizweit forderte.

Folgende Gründe – es sind vier Gründe aus unserer Sicht – sprechen gegen Tempo 30. Tempo 30 tönt sehr gut, zumal in Zonen mit Schulhäusern, und ich bin der Letzte hier drin, der nicht für Tempo 30 unterschreiben würde bei einzelnen Strassen, einzelnen Strassenabschnitten, von mir aus sogar Tempo 20. Aber es darf nicht vergessen werden, dass es bei der Vorlage, die wir hier haben, um die flächendeckende Einführung von Tempo 30 geht, jetzt einmal zwei Etappen, zwei Quartiere, in denen es Schulhäuser hat. In den nächsten Jahren, laut Bericht des Gemeinderates, wird Weiteres kommen. Nach unserer Meinung ist das ein unzulässiger Eingriff in die Freiheit jedes Einzelnen, es fördert nicht gerade die Selbstverantwortung. In vielen Strassen, oder in einigen Strassen, mag Tempo 30 angebracht sein; aber in den meisten kann man eben doch Tempo 50 fahren. Unsere bestehende Rechtsordnung, die wir jetzt haben, bestraft unabhängig davon, wie schnell auf einer Strasse gefahren werden kann – ob 30, 50, 80 oder 120 – die Verletzung der Rechtsgüter körperliche Unversehrtheit und Eigentum. Im Klartext: Wenn ein Automobilist nicht den Umständen angemessen fährt, dann kann er auch so straf- und zivilrechtlich für sein Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen werden. Das wird auch passieren, wenn in ganz Allschwil Tempo 30 ist. Für Parteien, die sich Freiheit und Eigenverantwortung auf die Fahnen geschrieben haben, wo das im Parteibüchlein steht, und die das immer wieder betonen, sollte der Fall eigentlich klar sein.

Der zweite Punkt ist nicht wirklich ein politischer. Es geht konkret um die Umsetzung. Ich wohne seit Jahren in einem Quartier, das nicht selber mit Tempo 30 gesegnet ist, aber es grenzt an ein Quartier an, das Tempo 30 hat, mit versetzten Parkplätzen, mit Wegfall sämtlicher Rechtsvortritte etc., ich fahre jeden Tag dort durch. Tempo 30 mit dieser Umsetzung, wie sie uns beantragt ist, macht das Fahren auf der Strasse nicht sicherer, sondern unsicherer. Das tönt jetzt extrem paradox, aber man kann sich das einmal vor Augen führen, wenn man das Lange Loh entlang fährt, Gotthardstrasse, Richtung Neuweiler Platz. Dass alle Vortritte wegfallen, resp. kein Vortrittzeichen [vorhanden ist], führt dazu, dass komische Situationen entstehen. Der Verkehrsteilnehmer auf der langen, breiten Durchgangsstrasse hatte früher Vortritt. Logischerweise hätte er eigentlich auch heute noch Vortritt, ist aber nicht mehr so. Mit Tempo 30 haben selbst Teilnehmer aus den kleinsten Strässchen Vortritt. Das führt zu Situationen, wo niemand mehr weiss, wer Vortritt hat, ich erlebe das tagtäglich. Das ist sehr heikel. Ein weiterer Punkt ist: Man fährt in diesen Tempo-30-Zonen nicht nur Tempo 30, damit könnte ich mich durchaus anfreunden; man muss alle 50 bis 100 Meter auf 10 km/h abbremsen, weil eben dann wieder von rechts Verkehr droht. Velofahrer müssen teilweise sogar absteigen in unübersichtlichen Gebieten. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich bin kein Vertreter der Autolobby. Ich habe auch kein Auto. Ich fahre zwar Auto, aber höchst selten. Tempo 30 macht auf einzelnen Strassen durchaus Sinn, aber flächendeckend, so wie das jetzt hier projiziert ist, wollen wir das auf keinen Fall.

Der dritte Punkt ist wieder ein politischer. Es geht um die Finanzen. Das, was uns beantragt ist, wird 147'000 Franken kosten in den nächsten Jahren; die nächsten Etappen werden insgesamt über eine halbe Million Franken kosten. Geld, das wir schlicht und einfach nicht haben. Wir kennen alle den Finanzplan. Die Gemeinde Allschwil kann sich das unserer Ansicht nach schlicht und einfach nicht leisten. Es heisst immer, links und rechts und vis-à-vis von mir, wenn wir jeweils den Finanzplan und das Budget etc. beraten, dass man in Zukunft noch mehr Rücksicht nehmen sollte, mehr schauen sollte, was ist politisch wünschbar, was ist nur nötig, etc. Und da nicken immer alle und geloben Besserung. Und das ist jetzt genau so ein Projekt, wo man einmal zeigen könnte, dass man das auch einhält, und nicht immer nur redet.

Der vierte Punkt, ich komme zum Schluss, ich komme auf den politischen Stil zu sprechen. Tempo 30 ist in Allschwil schon dreimal abgelehnt worden, dreimal deutlich. Es ist einfach ein alter Hut, dass man das jetzt wieder hervorzaubert und es am Volk vorbei einfach durchzwängen will. Wir scheuen uns nicht vor einer Volksabstimmung. Am liebsten wäre es uns natürlich, wenn wir das hier im Einwohnerrat schon kippen könnten; aber wir sind eigentlich sehr zuversichtlich, sollte das hier drin angenommen werden, was wir nicht hoffen, und sollte es zu einer Abstimmung kommen, dann wird es halt auch noch ein viertes Mal abgelehnt.

Aus all diesen Gründen sagen wir konsequent, dass wir gar nicht erst auf diese Vorlage eintreten wollen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Pardon, ich wollte zu zwei anderen Sachen [als zum Eintreten] reden, zum Antrag wegen Sistieren, das ist das eine. Gemeldet habe ich mich dann aber nachher ganz spontan: Ich bitte das Präsidium und das Büro, bei gewissen Äusserungen von Ratsmitgliedern aktiver zuzuhören. Zwar haben Herr Bruno Steiger und ich den gleichen Jahrgang, aber sicher nicht die gleichen Schulbücher gehabt. Ich finde es ziemlich peinlich, wenn es da auf einmal heisst von „weichsinniger Seite“ und so weiter – das kann es nicht sein, Bruno Steiger! Ein wenig eine andere Wortwahl würde uns allen in den Ohren unheimlich gut tun. Und ich bitte das Präsidium, da ein bisschen resoluter zu sein.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Die Finanzlage der Gemeinde ist bekannterweise schlecht. Wir haben das an der letzten Sitzung zur Genüge gesehen. Die Sanierung unseres Haushalts geniesst höchste Priorität. Neben der Entlastung der laufenden Rechnung, wozu wir auch einen Vorstoss gemacht haben, sind auch die Investitionen nach Erforderlichkeitskriterien zu priorisieren. Die FDP-Fraktion will dazu beitragen; die FDP ist bereit, selbst ihre eigenen Projekte an diesen Kriterien zu messen und zu hinterfragen, und das erforderliche vom wünschbaren Projekt zu unterscheiden. Die FDP hat deswegen beschlossen, das Projekt Tempo 30 vorläufig zu sistieren. Die FDP wird deshalb dem Rückweisungsantrag der CVP zustimmen. Die FDP stellt jetzt in jedem Fall den Antrag, dass der Kredit dem Behördenreferendum zu unterstellen ist. Dafür reicht eine 1/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Die FDP ist für Eintreten und wird dann den Antrag der CVP unterstützen.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Wir sind selbstverständlich auch für Eintreten. Wir stehen zu Tempo 30, wir möchten Tempo 30 in Allschwil nach den Vorlagen des Gemeinderates einführen. Ich möchte kurz etwas sagen zu einem Votum von Basil Kröpfl. Es geht um die Freiheit, hat er gesagt. Ich möchte auch Freiheit, und zwar Freiheit für jeden Fussgänger und für jedes Kind, damit es nicht gefährdet ist, weil ein anderer die Freiheit des zu schnellen Fahrens missbraucht. Wir haben genug Unfälle, und wir werden uns in der Debatte nachher nochmals melden zu den einzelnen anderen Punkten, wozu du uns deinen Leserbrief nochmals vorgelesen hast und uns somit à jour gehalten hast.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Nur ganz kurz jetzt zum Antrag wegen Schubladisieren oder Sistieren. Meine Damen und Herren, diese Vorlage ist jetzt à jour. Es sind Zahlen drin, es sind Facts drin, die die Verwaltung, die die Mitarbeiter, die jetzt anwesend sind, für das Papier uns wirklich präsentieren können. Legen wir das jetzt zwei, drei, vier, fünf Jahre auf die Seite, dann fangen wir genau beim Punkt Null wieder an. Wir haben neue Quartiere, zum Beispiel Schrebergärten sind nicht mehr da, etc. Also man kann nicht sagen, man macht es weg; nimmt die Schublade, macht sie auf: Hallo Leute, und jetzt, ja oder nein! Das ist das Eine. Und das Zweite, wegen den Finanzen: Ich war dabei, bei all diesen Ringkämpfen, diesen leid- und freudvollen, zum Tempo 30. Es ist immer um eins gegangen: nur ums Geld. Und dahinter haben sich alle versteckt. Und niemand hat dabei an den Kinderwagen und ans Grossi mit dem Gehböcklein gedacht. Und ich denke einfach, lassen wir die Finanzen – es ist ja im Finanzplan des Gemeinderates drin vorgesehen. Es ist immer dasselbe, es werden in zwei, drei, vier

Jahren die Finanzen sein. Jetzt haben wir Facts da, die Zahlen stimmen, und ich bitte einfach in dem Sinne, nicht zu schubladisieren, sonst fangen wir genau dort wieder an, wo ja Hanspeter Frey vor zwei Jahren meinte, jetzt machen wir vorwärts.

Susanne Studer, Präsidentin: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen zur Abstimmung für das Eintreten oder Nichteintreten. Wer für Eintreten für das Geschäft 3387 ist, zeigt bitte die Karte.

://:

Mit 27 Ja bei 7 Nein und keiner Enthaltung wird für Eintreten gestimmt.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir sind jetzt bei der Detailberatung, und es liegt ein Ordnungsantrag vor. Den muss man zuerst behandeln.

Gemeinderätin Saskia Schärer, Vorsteherin Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Der Antrag geht auf so genanntes Sistieren. Darüber möchte ich doch noch ein, zwei Worte verlieren. Das eine ist, ich möchte bekräftigen, was vorhin gesagt wurde: Für die Einführung von Tempo 30 braucht es ein aktuelles Gutachten, und das haben wir jetzt vorliegen. In zwei, drei Jahren ist das Gutachten nicht mehr aktuell. Wir müssten zwingend wieder bei Punkt 1 anfangen. Man kann also nicht einfach die Vorlage aus der Schublade herausziehen und sagen: Jetzt machen wir es so, wie es damals war; das ginge nicht. Ich würde auch meinen, dass dann eine Rückweisung das Richtige wäre, wenn Sie mit der Vorlage als solcher nicht einverstanden sind, wenn Sie Fehler drin entdeckt haben, wo Sie sagen: Geht zurück an den Gemeinderat zur Verbesserung, bringt es uns nochmals. Wenn Sie aber das Geld nicht sprechen wollen für die Ausführung von Tempo 30, für die Einführung, dann, würde ich meinen, ist die Rückweisung nicht die richtige Sache. Dann gibt es meiner Meinung nach nur eines, und das ist eine Abweisung. Vielleicht noch zu den Finanzen: Ich denke, es ist der falsche Zeitpunkt, bei diesem Geschäft jetzt so auf die Finanzen zu pochen. Erstens einmal haben wir im Dezember gesehen, der Finanzplan wird ab 2010 sehr viel schlechter; Tempo 30 soll dieses Jahr eingeführt werden. Das Zweite, was heute auch schon ein-, zweimal gesagt wurde: Wir hätten jetzt Kosten für die erste Etappe von 147'000, aber da kämen nachher ja noch zwei weitere Etappen. In Bezug auf die zwei weiteren Etappen sind keine Vorarbeiten geleistet worden, und ich meine, das muss angesichts der Finanzlage dann auch tatsächlich überprüft werden, in welchem Zeitrahmen der Gemeinderat eine weitere Etappe realisieren lassen und das dem Einwohnerrat vorlegen will. Heute geht es um 147'000 Franken, und um nichts mehr. Und heute ist die Zone betroffen, wo vor allem die Schulhäuser sind – darum haben wir das ja als erste Zone gewählt – wo eine Einführung von Tempo 30 auf der Hand liegt für die Sicherheit unserer Kinder. Also darum nochmals zum Antrag auf Rückweisen: Wenn Sie das Geld nicht sprechen wollen, dann meinte ich, ist das der falsche Weg.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Eine Sistierung heute wäre, glaube ich, das falsche Mittel, wie es Saskia Schärer schon sagte, und zwar werden wir in nächster Zukunft wahrscheinlich mit der Teuerung noch ein bisschen vorwärts machen, das heisst, in ein, zwei Jahren, wie das Exponenten der CVP oder auch der FDP fordern, werden wir wahrscheinlich eine teurere Variante haben. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Erdölpreis weiter nach oben geht, dass die Teuerung weiter steigt und darum Tiefbauarbeiten und Bauarbeiten generell teurer werden. Es ist für mich auch ein Stück weit unehrlich, zum heutigen Zeitpunkt davon zu reden, dass man aus finanziellen Gründen jetzt Tempo 30 nicht zustimmen will. Ich weiss nicht, ist eine Angst da auf bürgerlicher Seite, vor allem in der Mitte, dass man den Wahlkampf nicht gewinnt? Ist eine Angst da, dass man der SVP zu viele Stimmen zuspielt? Ich habe keine Angst vor dieser Seite, muss ich sagen. Ich denke mir, es ist ein Bedürfnis in Allschwil. Basil Kröpfl hat es erwähnt, es ist eine VCS-Initiative gesamtschweizerisch abgelehnt worden mit einem hohen Prozentsatz. 55 Prozent bei der letzten kommunalen Abstimmung – viele werden sich das wahrscheinlich in den letzten 10 Jahren auch nochmals anders überlegt haben, weil man halt auch verschiedene andere Erfahrungen gesammelt hat, in Basel, in Zürich, in vielen Agglomerationen, Städte mit ungefähr 20'000 Einwohnern oder mehr. Und darum glaube ich fest daran, dass die Bevölkerung von Allschwil ganz bestimmt nicht zu einem grossen Teil sich ablehnend äussern würde zu Tempo 30. Die „Blick“-Schlagzeile von heute: „Kindergärtler im Koma“ – ich weiss nicht, ob sich das irgend jemand heute noch leisten kann, später einmal vor Eltern hinstehen und sagen zu müssen: „Das hätte halt 147'000 Franken gemacht, darum konnte ich dem nicht zustimmen, und darum ist dein Kind halt jetzt schwer verletzt...“ Ich

weiss nicht, wer da sich selber noch im Spiegel anschauen kann, und wer diesen Eltern begreiflich machen kann, dass man wegen 147'000 Fränkli, ich sage es jetzt extra so, eine Massnahme [nicht] gemacht hat, die vielleicht einen schlimmeren Unfall verhindert hätte. Ihr habt die Zahlen gesehen. Ihr habt die Folien gesehen, die Frau Schärer aufgelegt hat. Es kann ein schlimmer Unfall verhindert werden, indem die Schwere des Unfalls nicht so derart hoch ist; es kann sicher nicht ein Unfall verhindert werden, vielleicht auf die Sichtweise hinaus schon. Aber wenn wir doch gerade dabei sind, von der Freiheit: Im Artikel vom „Blick“ steht, was so in England oder in Singapur oder in USA gemacht wird. In USA fährt kein Mensch bei Schulhäusern schneller als 15 Meilen, das sind ungefähr 24 Stundenkilometer. Freiheitlich: In England traut man nicht auf die Rücksichtnahme der Autofahrer, und in Singapur sind sämtliche Fussgängerstreifen erhöht auf einer Schwelle. Also, meine Damen und Herren, wir sind nicht weit weg vom Schiff, wir machen genau das, was andere Länder, die grössere Erfahrung haben, die eine hohe Urbanität aufweisen, schon lange tun und schon lange durchbringen. Darum bitte ich Sie, den Sistierungsantrag zurückzuziehen, oder ihm mindestens nicht zuzustimmen. Wenn Tempo 30 heute Abend sistiert wird, dann ist es weg. Der Finanzplan sagt einiges aus. In den nächsten zwei Jahren brauchen wir nicht zu kommen, und darüber hinaus sowieso nicht mehr.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Ich möchte meine persönliche Meinung vertreten, und nicht die der SVP-Fraktion. Ich möchte mich dem Votum von Herrn Christoph Morat anschliessen und möchte sagen, wir reden von zwei Jahren zurück, wo das anscheinend abgelehnt wurde [Zuruf: zehn!] – zehn, Entschuldigung – und ich muss einfach sagen, die Zeiten haben sich geändert, jetzt dumm geschwätzt: Der Krieg wird immer mehr auf der Strasse ausgeführt. Die Leute werden aggressiver mit dem Autofahren etc., etc., und man liest eben solche Sachen, wie sie Herr Morat vorhin erzählt hat, und ich meinte, wir sollten jetzt handeln und das behandeln und da zusagen und irgendwie einmal etwas probieren, speziell um die Sicherheit für die Kinder. In erster Linie geht es – jetzt sage ich wieder etwas – es geht nicht ums Geld, sondern um die Sicherheit der Kinder und der Schulhäuser. Wir Erwachsenen schlagen uns schon im Verkehrsdschungel durch, das spielt keine Rolle, wir kommen schon klar, aber dort müssen wir jetzt einfach schauen. Es ist ein Problem in diesen Quartieren, ich weiss es selber, wie die fahren. Ich werde mich später nochmals dazu äussern.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Das Ziel wäre ja, die Idee „Tempo 30“, oder „Sicherheit auf dem Schulweg“, möglichst schnell umzusetzen. Je länger wir warten, desto mehr gehen wir eventuell auch in die Möglichkeiten hinein, dass unvorhergesehene Sachen passieren können. Ich möchte daran erinnern: In dem Gebiet, das vorgesehen ist, hat es drei Sekundarschulhäuser, zwei Primarschulhäuser, vier Kindergärten, rund 1'100 Kinder. Ist es uns das nicht wert? Rein von den Kinderzahlen her denke ich, das spricht für sich. Wir haben da x Schulwege, die täglich mehrfach, auch im Wechsel von Schulhäusern, gebraucht werden, Turnhalle, Hallenbad, Kochen etc. Ich erlaube mir weiters noch dazu zu sagen: Im Gebiet Bettenacker, wie es Frau Schärer sagte, haben wir jetzt diese Pacer-Schwellen, oder, wie man in Frankreich sagt, die „liegenden Polizisten“. Ich hatte die Chance, bis jetzt 35 Jahre im Bettenacker tätig zu sein – auch dort Methusalem – und ich kann euch einfach sagen, in den ersten zehn, fünfzehn Jahren habe ich jedes halbe Jahr – ich sage das ganz gerne hier drin – Schülerinnen und Schüler im Spital besucht. Auf Antrag der Lehrerschaft sind die – ich sage jetzt: Pacer-Schwellen, hingelegt worden. Und die Inselchen in der Spitzwaldstrasse, wo jetzt der Bus ringsum fährt: dasselbe. Und seit wir das haben, habe ich nie mehr ein Spital von innen gesehen für Schüler. Es soll mir niemand sagen, dass diese Beruhigung, diese Sichtbarmachung von „Hallo, hier bewegt sich etwas!“ nicht beachtet wird. Das schleckt nicht einmal der Einwohnerrat weg, geschweige denn ein Schaf oder eine Geiss. Das beruhigt, das signalisiert. Ich mache ganz schnell eine andere Rechnung: Ich habe mir diese Kopfrechnung gemacht, der Betrag, der in der Vorlage des Gemeinderates drin ist, die 145'000 Franken, macht 0,25 % vom Gesamtbudget aus von euch, macht pro Einwohner 7.25 Franken einmalige Ausgabe, für meine Familie mit fünf Personen 36.25. Ja leck doch mich – ganz ehrlich! Ihr wollt über Geld reden. Wir reden über sichere Schulwege und elfhundert Kinder; und nicht nur Kinder, apropos, es geht auch um Behinderte, Betagte, Leute mit Kommissionenwägeli, Kinderwägen, und da kann man nicht einfach sagen, lasst das bleiben. – Nicht sistieren, umsetzen!

Alice Märky, FDP-Fraktion: Also jeder Unfall, der passiert, ist ein Unfall zu viel. Aber jetzt möchte ich trotzdem einmal Nicole Nüssli ansprechen, wie sie denn das von Seiten der Finanzen sieht. Das würde mich jetzt noch interessieren.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Finanzen – Steuern: Ich denke, ich muss jetzt nicht nochmals den ganzen Finanzplan und das ganze Budget präsentieren, die ich ja schon im

Dezember hier drin präsentiert hatte. Es ist aber eine Tatsache, dass diese 147'000 Franken im Budget nicht drin sind. Und wir haben jetzt schon einen Aufwandüberschuss von 58'000 budgetiert, nach den Budgetanträgen, die in der Einwohnerratssitzung gutgeheissen wurden. Also von dem her ist klar, wir kommen in einen weiteren Aufwandüberschuss hinein, in dem wir jetzt schon drin sind. Und ich denke, ja, das ist Tatsache, und letzten Endes muss der Einwohnerrat entscheiden, wie er das Thema jetzt angeht und wie er sich entscheidet. Aber die Ausgangslage ist klar: Budgetiert ist es noch nicht, weil es im Einwohnerrat noch nicht traktandiert war.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Schade, ist das Nichteintreten nicht durchgekommen, weil CVP/FDP jetzt gerne diese Rückweisung machen möchten. Die Rückweisung – also Stornierung – gäbe schon Sinn. Und die linke Seite sagt jetzt, wir können nicht warten wegen Unfällen. Bitteschön, ihr habt alle so ein Blatt vor euch liegen, es ist sogar als Folie vorhanden. Es ist die Auswertung der Verkehrserhebung, und darauf zeige ich euch ganz klar, das habe ich zusammengestellt, da unten ist die Quellenangabe, dass kein einziger von diesen Unfällen verhindert worden wäre, wenn Tempo 30 eingeführt worden wäre. Die Ausführungen von Saskia Schärer haben mich ein bisschen gestört. Armin Bieri hatte beide Seiten beleuchtet, er hat Pro und Contra beleuchtet. Sie hat nur Pro beleuchtet. Sie hat auch aufgezeigt die Geschwindigkeiten, was passiert bei 50. Es sagt niemand, wir müssen 50 fahren. Und die Verkehrserhebungen haben auch aufgezeigt, dass nämlich gar nicht im Schnitt so schnell gefahren wird, sondern Schnitt ist zwischen 28 und 32, 85 % der Automobilisten haben eine wenig erhöhte Geschwindigkeit; und ganz einzelne wenige haben einmal so ein Spitzenresultat von 50, 55 oder 61 erreicht. Aber das werden wir immer haben, auch wenn wir Tempo 30 haben werden, falls das einmal soweit käme; und das sieht man, wenn man sich nämlich in den Quartieren umschaute. Man darf einfach nicht vergessen, wenn man sich in einer Tempo-30-Zone über eine gewisse Zeit aufhält und dann wieder wegfährt, dann weiss man plötzlich gar nicht mehr, dass man in der Tempo-30-Zone ist. Die baulichen Massnahmen, Jacques Winter, die du angesprochen hast, in der Spitzwaldstrasse, sind tagtäglich für mich als Buschauffeur eine absolute Herausforderung. Es wundert mich, dass es noch keine Frontalen gegeben hat, weil man dort in einem spitzen Winkel mit einem 12-Meter-Bus hineinfahren muss. Du hattest ja gesagt, seit diese Inselchen dort sind, hast du nie mehr ein Spital von innen gesehen – voilà, auf dieser Strasse darf man 50 fahren! Also muss man ja gar nicht Tempo 30 einführen, und dort käme ja auch kein Tempo 30, auf dieser Strasse. Und so können wir weiterdiskutieren und weiterargumentieren, und drum können wir das Geschäft ganz locker zurückweisen an den Gemeinderat mit dem Auftrag, wenn die Gemeindefinanzen besser sind, kann man es wieder bringen. Es ist zwar nicht mein Wunsch. Mein Wunsch wäre Nichteintreten gewesen, aber das ist jetzt eine andere Situation; jetzt schliesse ich mich halt dem an, denn mit dem können wir das Finanzielle immer noch retten. Und wenn wir das in ein paar Jahren wieder hervorholen müssen, und es halt dann überarbeiten müssen, kann man der Situation entsprechend das Tempo 30 wieder anschauen. Und auf die Aussage, die weiteren Zonen seien noch nicht vorbereitet, da erstaunt es mich natürlich, dass in dem Bericht bereits schon Zahlen aufgeführt sind bis auf 10 Franken genau, wenn da noch nichts geplant wäre in den anderen Zonen. Was die Folien waren mit Bildchen wegen der Anhaltestrecke etc. pp., das war sowieso nicht in den Zonen, die wir heute Abend besprechen. Das ist nämlich ganz woanders. Und das ist jetzt eben gerade zum Beispiel so eine Zone, wie sie Basil Kröpfli auch erwähnte, wo man auf einzelnen Strassen eine reduzierte Geschwindigkeit machen kann, wo man es wirklich weiss. Nur, der Baselmattweg ist halt auch eine halbe Autobahn, aber die restlichen Strassen in Allschwil, das sind Strassen, wenn dort einer wirklich mehr als 30, 35 fährt, dann ist er wirklich ein Raser, aber den kannst du nicht retten, auch wenn du eine Tempo-30-Tafel hinstellst. Und das Geld können wir uns sparen. Wir dürfen nicht vergessen, 147'000 Franken sind budgetiert, der Bericht ist schon lange erstellt, Christoph Morat hat uns darauf hingewiesen, die Ölpreise steigen, seit der Bericht erstellt wurde, sind die Ölpreise hochgegangen, somit wird das also über 150'000 kosten. Nach einem Jahr muss ja kontrolliert werden, ob eine merkliche Verbesserung stattgefunden hat. Wenn sie nicht stattgefunden hat, laut Messungen, die dann aber unter 30 sein müssen, dann kommt es nämlich nochmals teurer, weil wir dann noch mehr investieren, und das wird sich auswirken auf die anderen Zonen, die geplant sind, und am Schluss sind wir über einer Million, und da reden wir einfach von zwei bis drei Steuerprozenten. Und es ist jetzt nicht im Finanzplan drin, und unsere Rechnung sieht jetzt schon ganz mies aus. Wir brauchen das echt nicht. Und darum müssen wir das jetzt einfach zwangsläufig zurückweisen, weil, wenn wir nämlich das jetzt nicht zurückweisen, und das ganze Geschäft heute fertig besprechen, und am Schluss einfach hier drin sagen: Nein, wir wollen Tempo 30 nicht, dann ist das schlimmer für eure Seite, als wenn wir es zurückweisen. Für uns wäre es besser, weil, dann wäre es weg vom Tisch. Aber wenn wir es zurückweisen, dann ist es immer noch vorhanden, man müsste nur noch ein paar Anpassungen machen. Aber das wäre fair, dass wir mal in erster Linie einfach sagen, wir sparen jetzt mal das Geld; und wenn dann die Finanzen einmal besser wären hoffentlich – also nicht „hoffentlich“, dass man das bringen kann – aber wenn man es dann bringen kann, können wir immer noch über Sinn oder Unsinn diskutieren. Und drum, bitteschön, zurückweisen an den Gemeinderat mit Auftrag: Bringen, wenn er dann wirklich einmal wieder viel Geld hat.

Max Amsler, SD-Fraktion: Was mich heute Abend erstaunt, sind Falschrechnungen. Und zwar in erster Linie bei einem Punkt bin ich sehr aufgebracht. Da muss ich der Gemeinderätin Schärer sagen, dass da eine Sicherheit festgestellt wird, wenn man die drei Strassen Steinbühlweg, Bettenstrasse und Feldstrasse aufpflastert, da hat also der Autofahrer vorher noch gar keine Sicherheit gehabt? Ich finde das ist eine Frechheit, dass man so etwas herauslässt. Und ich glaube einfach, wenn man von der Sicherheit redet, ich wohne in der Nähe des Bettenackerschulhauses, und wenn ich tagtäglich schaue, wenn die Schule aus ist, und die Kinder halten sich auf der Strasse auf gegenüber den Autofahrern, die anhalten wegen der Schwellen, und machen so, und lachen; dann kriegt jeder, der dort wohnt, eine Wut, da können Sie alle fragen. Also man muss auch dort schon wegen der Sicherheit anfangen, wenn die Schule aus ist, dass man sagt, ihr habt euch ordnungsgemäss zu verhalten und nicht solche Kapriolen zu machen, wie sie alle Tage gemacht werden in der Bettenstrasse.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Herr Studer sagt richtigerweise, wer schneller als 35 fährt in solchen Quartierstrassen, das sind Raser. Ich bin sehr froh, dass auch Herr Studer dieser Meinung ist. Nur: Raser muss man bekämpfen. Und so lange dort 50 legal ist, können wir sie nicht bekämpfen. Es kommt nämlich erst dann zur Bestrafung, wie Herr Kröppli richtig gesagt hat, wenn der Unfall schon passiert ist. Dann wird im strafrechtlichen Verfahren festgestellt, dass die Fahrweise nicht den Verhältnissen angepasst war, und dann wird gestraft. Ja, müssen wir immer zuerst einen Unfall haben, bevor wir einen Raser zur Rechenschaft ziehen können? Die einzige richtige Antwort darauf ist: Tempo 30 muss dort her, damit man Raser strafrechtlich verfolgen kann. Frau Nüssli sagte, das Budget sieht den Betrag nicht vor. Ja, das ist so bei einem Verpflichtungskredit, den man im Verlauf des Jahres einbringt. Aber im Finanzplan ist er drin, wir haben ihn eingeplant, diesen Betrag; also, wir wissen aufgrund der Dezember-Debatte, was möglich ist und was nicht.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion: Danke, Josua Studer, für die Statistik, die du zusammengestellt hast. Die Interpretationen sind schlicht falsch. Die meisten von diesen Unfällen können vermieden werden, wenn man langsamer fährt. Dann kannst du eben bremsen, und dann passiert kein Unfall. Die Zahlen zeigen das eigentlich ziemlich deutlich, man muss einfach die Interpretation richtig darstellen. Wir dürfen nicht Leben oder potenzielle Unfälle gegen Geld ausspielen. Das ist ein Fehler. Macht diesen Fehler nicht. Wir haben jetzt diese Vorlage auf dem Tisch, also ziehen wir sie durch. Das muss jetzt sein. Diese Verantwortung für diese Unfälle, die dürfen wir nicht so übernehmen, das geht einfach nicht. Vielleicht noch ein Wort zum Langen Loh: Es ist richtig, im Langen Loh muss man jetzt aufpassen, und ich glaube, das ist auch der Sinn von Tempo 30. Dort musst du jetzt eben aufpassen. Ich fahre dort mehrfach durch, ich kenne das gut. Das ist richtig so, deswegen sollten wir das einführen. Also diese Rückweisung – auf keinen Fall!

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich wollte eigentlich später kommen. Ich werde nachher, wenn wir es dann behandeln, eine Studie vorstellen, und wollte es eigentlich dort bringen. Ich bringe es aber gleichwohl jetzt schon, bezüglich der Kosten. Eine der häufigsten Verletzungen, die Menschen bei einem Aufprall mit einem Auto erfahren, sind traumatische Hirnverletzungen. Die Behandlung eines Kindes mit einer schweren traumatischen Hirnverletzung kostet, wenn man eine Woche Intensivstation rechnet und ungefähr drei Wochen Rehabilitation, ungefähr 100'000 Franken. Das ist ein Kind. Die Studie, die ich nachher vorstellen werde, geht über 16 Jahre, in denen man sämtliche Kinder, die angefahren wurden, erfasste, und man konnte in 16 Jahren 625 Kinder aufnehmen – die toten hat man nicht gezählt, also nur die, die überlebten. 625 Kinder, das heisst, dass pro Jahr durchschnittlich 39 Kinder erfasst wurden. Und das in Basel und Graz/Österreich. Also die Studie, die ich nachher vorstellen werde, ist eine Basler Studie, die am Kinderspital gemacht wurde, und dort ist nichts mit „polemisch“ und „gefärbt“ und „in Auftrag gegeben“ etc. sondern das ist eine Studie, die Ärzte ohne irgendwelche Hintergedanken machten. Nochmals: eine Woche [IPS], drei Wochen Rehabilitation eines Kindes mit einer schweren traumatischen Hirnverletzung kostet 100'000 Franken. Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt Rückweisungsantrag stellen von diesem Geschäft wegen finanziellen Gründen, dann kann ich das nicht verstehen. Wir sparen sehr viel Geld für die Gesellschaft, wenn wir Tempo 30 einführen, weil, die 100'000 Franken für die Rehabilitation eines Kindes, die sparen wir.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Also ich glaube, ich muss jetzt einfach noch zu zwei Sachen reden, die hier drin gefallen sind. Das erste: das Loblied von Thomas Pfaff auf die abstrakten Gefährdungsdelikte – also dass man jemanden straft, obwohl konkret gar keine Gefährdung stattgefunden hat, das entmündigt

eigentlich den Bürger im Allertiefsten. Und ich glaube, das muss man schon noch sagen: So toll sind diese Bestrafungen überhaupt nicht, sondern eigentlich nur im äussersten Fall zu gebrauchen. Vor allem, was er auch gesagt hat, dass man dann die schon bei 30 heranziehen kann und nicht erst bei 50 – es muss so schnell gefahren werden, wie es [die Situation] gebietet, und wenn das halt nur 20 ist, dann ist es 20, auch wenn es [die Limite] 30 ist. Das ist eine verantwortungsvolle Regel, wie man mit Bürgern eigentlich umgehen sollte in einem Rechtsstaat. Aber das ist jetzt vielleicht ein bisschen abgehoben, aber es ist mir ein Anliegen, dass ich das gesagt habe, weil, ich habe recht Mühe mit solchen Delikten.

Das Zweite ist, hier drin ist immer wieder gesagt worden, die Verantwortung, die die [auf sich nehmen], die eine Rückweisung unterstützen, die 150'000 Franken nicht sprechen wollen für die Kinder, die gefährdet werden könnten – ich habe ein bisschen Mühe mit diesem Argument, auch nicht unbedingt auf einer rechtlichen oder politischen Ebene; sondern ich glaube niemand hier drinnen von denen, die welche politische Entscheidung auch immer treffen, wird in irgendeiner Weise wollen, dass ein Kind gefährdet wird, leiden muss, oder was auch immer. Schlussendlich – und ich bitte das wirklich mit Vorsicht zu geniessen, was ich jetzt sage – aber schlussendlich könnte man sagen, mit dem Geld könnte man in einem anderen Land viel mehr Kindern helfen und viel mehr Leben retten... und zwar sage ich das deswegen, weil, es geht ja darum, dass man sagt, wegen dem Geld kann man nicht andere Kinder gefährden. Und ich finde es – nicht eine Beleidigung, aber ich finde, es wird uns unterstellt, dass wir unmoralisch handeln, und ich glaube, dass ich das mit mir vereinbaren kann und mit meiner Moral, und dass die nicht so schlecht ist, und andere nicht so viel besser sind. Deswegen wollte ich das sagen.

Susanne Studer, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft. Bevor wir den Antrag der CVP abstimmen, ist noch ein Antrag der SP hereingekommen; sie möchte gerne eine namentliche Abstimmung auf diesen Antrag. Wer also für den Antrag der CVP ist, eine Sistierung des Geschäfts 3387 um zwei Jahre, sagt Ja, wer dagegen ist, sagt Nein.

://:

Protokollführer Scharaf Helmy ruft die Namen der Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf und notiert die Stimmabgaben wie folgt:

Max Amsler	ja
Armin Bieri	nein
Lucius Cueni	nein
Jürg Gass	nein
Rolf Glatz	nein
Benedikt Gnos	nein
Peter Hauser	nein
Simone Hauser	ja
Peter Humbel	nein
Siro Imber	ja
Felix Keller	ja
Kurt Kneier	ja
Basil Kröpfli	ja
Sarah Lorenz	ja
Alice Märky	ja
Verena Meschberger	Enthaltung
Christoph Morat	nein
Mathilde Oppliger	ja
Franziska Pausa	nein
Thomas Pfaff	nein
Ursula Pozivil	ja
Robert Richner	ja
Claude Rothen	nein
Werner Schwarz	ja
Barbara Selinger	nein
Bruno Steiger	ja
Josua Studer	ja
Susanne Studer	ja
Giulio Vögelin	nein
Jürg Vogt	nein
Joël Wartenweiler	ja
Juliana Weber Killer	nein

Jean-Jacques Winter
Stephan Wolf

nein
ja

Susanne Studer, Präsidentin: Mit 17 JA, 16 NEIN und EINER Enthaltung wird der Ordnungsantrag der CVP, das Geschäft 3387 um zwei Jahre zu sistieren, gutgeheissen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Mutig. Vorausblickend. Visionen. Aufträge umsetzen. Ja, ich muss ganz ehrlich sagen, hey, ich mag ihn. Ich meine den Gemeinderat. Bei ganz vielen Geschäften in den letzten 20 Jahren durfte ich sagen, dass die SP und unsere Fraktion als Ganzes eigentlich in grundlegenden Geschäften dem Gemeinderat gefolgt sind. Denken wir zum Beispiel Parkallee-Durchstich. Ich habe dort gesagt, mit einer Freude: Meine Damen und Herren wir hören voneinander! Ich möchte Sie jetzt einfach bitten: Seid so gut, und legt die Akte dieses Geschäfts nicht zu weit weg! Bald wieder werdet ihr sie brauchen.

323 06.050 Feuerwehr

Traktandum 2
Bericht des Gemeinderates vom 17.10.2007 betreffend
Teilrevision des Reglements über die Feuerwehr Allschwil
vom 12.06.2002, 2. Lesung
Geschäft 3750

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage den Rat an: Liegen neue Aspekte und Diskussionsbeiträge vor? – Keine. Dann kommen wir zur 2. Lesung.

2. Lesung der Teilrevision des Reglements über die Feuerwehr Allschwil

[**Ursula Pozivil**, 2. Vizepräsidentin, ruft die Bestimmung des § 6 absatzweise auf, **Felix Keller**, 1. Vizepräsident, stellt die Wortmeldungen fest]

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Absatz 1
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 1 lit. a.
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 1 lit. b.
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 1 lit. c
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 1 lit. d.
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 2
Kein Wortbegehren

Susanne Studer, Präsidentin: Wir stimmen über die Anträge des Gemeinderates auf Seite 3 ab.

Antrag 1: Das Regelement über die Feuerwehr Allschwil vom 12. Juni 2002 wird teilrevidiert.

://

einstimmiges Ja

Antrag 2: § 6 des Reglements über die Feuerwehr Allschwil wird entsprechend den kantonalen Vorgaben des § 5 Abs. 4 der Verordnung über das Normalreglement für die Feuerwehr angepasst.

://:
einstimmiges Ja

Antrag 3: Die Teilrevision ist der Finanz- und Kirchendirektion Basel-Landschaft zur Genehmigung vorzulegen

://:
einstimmiges Ja

Antrag 4: Die Teilrevision tritt auf den 01.01.2008 in Kraft

://:
einstimmiges Ja

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung. Wer der Anpassung des Feuerwehrreglements zustimmen kann, zeigt das mit der Karte.

://:
einstimmiges Ja

Susanne Studer, Präsidentin: Somit ist die Beratung des Geschäfts 3750 abgeschlossen.

324 02.030 Ausländer

Traktandum 3
Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2007 betreffend
Reglement über den ATLAS-Fonds der Einwohnergemeinde
Allschwil, 1. Lesung / direkte Beratung
Geschäft 3749

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage den Rat an, ob Sie mit direkter Beratung und einer Lesung einverstanden sind. Wenn Sie dafür sind, zeigen Sie es bitte mit der Karte.

://:
einstimmiges Ja

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Wie Sie alle wissen haben wir das Asylwesen an die Firma ORS ausgelagert, sowohl im Individualbereich wie im Kollektivbereich. Im kollektiven Bereich wird das Wohnheim ATLAS von dieser Firma betreut. Die entsprechenden Bundesgelder, die wir bekommen, überweisen wir der Firma ORS. Aber für unsere anfallende Arbeit, welche die Sozialen Dienste im Asylwesen haben, behalten wir 5'000 Franken zurück. Und pro Übernachtung zahlt die ORS wieder 10 Rappen an die Gemeinde zurück. Das Geld wird in einem Fonds angelegt und auch verwaltet, und gemäss Gemeinde-Finanzordnung, Artikel 19, muss für solch einen Fonds ein Reglement erstellt und vom Einwohnerrat genehmigt werden. Dieser Vorschrift kommen wir jetzt nach und legen dem Einwohnerrat dieses Reglement zur Genehmigung vor. Das Reglement entspricht der heutigen Handhabung dieses Fonds. Und jetzt möchten wir gern gesetzlich

verankern, dass wir die Leistungen aus diesem Fond benutzen können, und dass von Investitionen, die getätigt werden, nur im ATLAS-Wohnheim Wohnende profitieren können, dass das also nur für die ist und nicht für Einzelne – ausgenommen ein paar einzelnen Härtefällen, die es geben könnte, oder besser gesagt entsprechenden Gruppen, gewähren wir etwas dazu. Das Reglement haben wir dem Kanton vorgelegt zu einer Vorprüfung, und die haben dem vorbehaltlos zugestimmt; und das möchte der Gemeinderat jetzt Ihnen auch vorlegen und Sie bitten, dem Reglement zuzustimmen. – Die Anträge der SP und der CVP werden selbstverständlich übernommen; das war irgendwie ein Fehler, der da gemacht wurde.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Eintretensdebatte. Ich bitte die Fraktionen, nur zum Eintreten zu reden. [Kein Wortbegehren] – Ich frage an, ist das Eintreten bestritten? Dann kommen wir zur allgemeinen Beratung. Sie können sich jetzt in die Rednerliste eintragen lassen.

Verena Meschberger, Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Wieder einmal muss ich – und hoffentlich zum letzten Mal – zwei Hüte anziehen. Einmal den, der mir eigentlich nicht mehr zusteht, als Präsidentin der Musikschule, und das andere Mal als FiReKo-Präsidentin. Die Geschichte des ATLAS-Fonds und des Reglements dazu geht nämlich bis in den Herbst 2004 – drei Jahre! – zurück. Und zwar war ich damals von der Musikschule aus diejenige, die die Diskussion angeklickt hat. Wir hatten dort ein Flüchtlingskind, das gerne in die Musikschule gegangen wäre; aber die Firma ORS hat es abgelehnt, gestützt auf Bundesgesetz, die Kosten für diese Musikschule zu übernehmen. Und dann kam mir, weil ich ja eben noch den Hut der FiReKo-Präsidentin habe, in den Sinn, dass es ja diesen ATLAS-Fonds gibt. Und da könnte man ja aus diesem ATLAS-Fonds diesem Flüchtlingskind diesen Musikschulunterricht zahlen, den es „zugute hat“ gemäss Bildungsgesetz. Ich nahm dann Kontakt auf mit Arnold Julier und mit Herrn Sigrist, und da wurde es dann langsam ein bisschen merkwürdig. Einmal hiess es: Ja ja, wir können das übernehmen, das ist eine gute Idee. Und dann hiess es wieder: Nein nein, das können wir nicht übernehmen, das entspricht nicht dem Reglement für diesen ATLAS-Fonds. Und dann bin ich neugierig geworden, dann habe ich nachgeforscht, und habe mit dem Rechtsdienst Kontakt aufgenommen und mit Herrn Hürzeler dazumal noch, und wollte herausfinden, wo denn dieses Reglement ist. Das Reglement war nirgends. Es gab einfach schlichtweg kein Reglement. Bis dann Herr Frischknecht, unser Revisor, also eine externe Person, in seinen Unterlagen noch ein Blatt fand, auf dem einmal ein wenig zusammengestellt worden war, im Sinne einer Anweisung, oder von Überlegungen, wie man mit diesen Geldern des ATLAS-Fonds umgehen könnte. Das ging über eine längere Zeit hinweg. Die Firma ORS hat dann im 2. Semester, als es aktuell wurde, für dieses Kind zu zahlen, doch gefunden, sie würde das zahlen – aus was für Überlegungen, weiss ich nicht. Die erste Rechnung, die die Firma ORS nicht hatte zahlen wollen, und die auch die Gemeinde nicht hatte übernehmen wollen, habe ich dann selber gezahlt, weil es mir einfach gestunken hat, in dieser Angelegenheit noch mehr zu Druck zu machen. Und ich kann Ihnen sagen, ich bin sehr froh, dass dieses Reglement endlich jetzt vorliegt und man darüber abstimmen kann. Ich habe nämlich in der Zwischenzeit gehört, dass, obschon es ja abgelehnt wurde, dieses Musikschulkind aus dem ATLAS-Fonds zu zahlen, für einen FC-Beitrag aus dem ATLAS-Fonds gezahlt worden ist. Das heisst, es ist also auch dort schon möglich gewesen, für ein einzelnes Kind etwas aus diesem Atlas-Fonds zu zahlen. Der FC Allschwil hat den Beitrag bekommen, die Musikschule hat ihn nicht bekommen, anfänglich. Das fand ich sehr merkwürdig. Jetzt ist das Thema Gott sei Dank gelöst. Allerdings habe ich mir überlegt, ob man denn bei diesem Artikel 1 Abs. 3 nicht eben noch einen Hinweis darauf machen sollte, dass für solche Vereinbeiträge, Musikschule und derartige Sachen, die dazu führen, dass Flüchtlingskinder – oder, wenn es um etwas anderes geht, Flüchtlinge – den anderen Menschen in unserer Gemeinde gleichgestellt werden. Ich habe dann darauf verzichtet, weil ich fand, es langt, wenn der Satz drin ist über die Härtefälle. Und das hat ja Arnold Julier vorhin auch gerade gesagt, dass eben für individuelle Sachen dann diese Härtefallregelung in Anspruch genommen werden kann; und ich nehme an, das wird dann auch der Fall sein für eben so einen FC-Beitrag oder für einen Musikschulbeitrag, wenn ein Flüchtlingskind zum Kicken oder in die Musikschule gehen möchte. Ich bin also schaurig froh, dass das endlich gekommen ist.

Jetzt kann ich den Musikschul-Hut ablegen und den von der FiReKo aufbehalten. Es hat noch fünf weitere Fonds in der Gemeinde, die nach Gemeindereglement gehen, und ich kann Ihnen versprechen, beim nächsten Abschluss werden wir genau nachforschen, ob es für jeden dieser Fonds auch ein Reglement hat; und wenn es keines hat, dann werden wir Druck aufsetzen, das es eines gibt.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Entschuldigung, ich bin ein wenig rau in der Stimme. Ich weiss nicht, ob das Büro den Antrag, oder die Ergänzung zum Antrag der SP/EVP-Fraktion für den § 1, Zweck des

ATLAS-Fonds, bei sich hat, oder ob ich den jetzt noch abgeben müsste. Habt ihr den? Dann ist gut. Dann habe ich schon alles gesagt.

Susanne Studer, Präsidentin: Es hat keine Wortmeldung mehr. Bevor wir zur Lesung kommen, möchte ich gerne den Antrag der SP/EVP-Fraktion abstimmen lassen vom gesamten Reglement. Möchte Herr Morat noch etwas dazu sagen?

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Nein, ich glaube, es ist alles klar. Es ist eine rein redaktionelle Änderung, die ich will; und der Gemeinderat will ja das auch gerne entgegennehmen, danke!

Susanne Studer, Präsidentin: Gut, dann stimmen wir über den Antrag der SP/EVP-Fraktion ab:

Im gesamten Reglement wird der Begriff „Asylant“ ersetzt durch „Asylsuchende“, oder „Asylbewerberinnen oder –bewerber“.

Wer dem Antrag zustimmen kann, zeigt das bitte mit der Karte.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Lesung.

1. Lesung Reglement über den ATLAS-Fonds der Einwohnergemeinde Allschwil

[**Ursula Pozivil**, 2. Vizepräsidentin, ruft die Bestimmung auf, **Felix Keller**, 1. Vizepräsident, stellt die Wortmeldungen fest]

§ 1 Zweck des Atlas-Fonds

Antrag der CVP-Fraktion, das Wort „Asylanten“ zu streichen.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Absatz 2:

Antrag der CVP-Fraktion, das Wort „Asylanten“ zu streichen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich habe da schnell eine Frage. Jetzt haben wir doch grade vorhin gesagt, dass die das „Asylanten“ gestrichen haben wollen. Müssen wir jetzt bei jedem Abschnitt schauen, wo „Asylant“ steht und das streichen? Ich meine, das ist alles obsolet.

Susanne Studer, Präsidentin: Es ist da ein Antrag der CVP, wo das für Abs. 1 und 2 verlangt wird. Darüber muss ich abstimmen, das sind zwei verschiedene Anträge.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Ich hätte noch kurz eine Bemerkung zu diesem Antrag. Ich will nur fragen: Hat die CVP keine grossen Probleme, habt ihr eine Profilneurose?

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Absatz 3:

kein Wortbegehren

Absatz 4:

kein Wortbegehren

§ 2 Äufnung des Fonds

Absatz 1:

kein Wortbegehren

Absatz 2:

kein Wortbegehren

§ 3, Verwaltung des Fonds

Absatz 1:

kein Wortbegehren

Absatz 2:

kein Wortbegehren

Absatz 3:

kein Wortbegehren

§ 4, Inkrafttreten

kein Wortbegehren

Susanne Studer, Präsidentin: Somit ist die 1. Lesung abgeschlossen.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Saskia Schärer, Vorsteherin Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich möchte gerne informieren über die aktuelle Situation bei der Gemeindepolizei. Der Leiter der Gemeindepolizei Allschwil hat auf den 1. Dezember die Stelle gewechselt. Es war ein interner Wechsel. Er ist jetzt Hauptabteilungsleiter Einwohnerdienste und Sicherheit. Wir haben ja diese Regelung der dreimonatigen Karenzfrist. Die Stelle wäre also ohnehin für drei Monate nicht belegt worden. Wir haben aber den Wechsel gerade zum Anlass genommen, die Situation bei der Gemeindepolizei einer Prüfung zu unterziehen. Die Aufstockung bei der Gemeindepolizei geht auf das Jahr 1999/2000 zurück, und zwar hat der Einwohnerrat dort diese Aufstockung bewilligt in erster Linie im Hinblick auf den Pikettdienst. Was ist der Pikettdienst? Der Pikettdienst ist eine Leistung der Gemeindepolizei, die an 365 Tagen im Jahr stattgefunden hat, und zwar 24 Stunden am Tag. Sie waren erreichbar. Möglicherweise hatte man sich aber unter Pikettdienst ein wenig etwas anderes vorgestellt. Sie waren nämlich telefonisch erreichbar, sie konnten auch nicht all zu weit weg gehen, damit sie gegebenenfalls einrücken konnten. Sie waren aber nicht aktiv im Dienst. Also auf der Strasse zum Beispiel waren sie nicht sichtbar. Dieser Pikettdienst hatte vor allem einen grossen Nachteil, das war die Sicherheit der Mitarbeitenden. Wenn nämlich, vor allem in der Nacht, ein Einsatz nötig wurde, dann mussten sie alleine ausrücken. Und da kam es doch zwischendurch zu brenzlichen Situationen. Wir haben darum bei dieser Überprüfung festgestellt, dass dieser Pikettdienst möglicherweise nicht das Richtige ist, und kamen dazu, dass wir lieber eine Aufstockung der Doppelpatrouillen vornehmen wollen. Eine Doppelpatrouille ist, wenn zwei Gemeindepolizisten tatsächlich zusammen im Dorf unterwegs sind. Da werden sie besser wahrgenommen, das dient der Prävention, sie können eingreifen. Wir haben das als sinnvoll erachtet. Und das wird jetzt einmal für eine Zeit – wir haben uns Frist gesetzt bis im Sommer dieses Jahres – als Versuchsphase so ausgeübt. Die Abschaffung des Pikettdienstes und die Einführung vermehrter Doppelpatrouillen – die gab es bisher auch schon, aber nicht in dem Umfang, wie wir es jetzt anbieten können – das führt dazu, dass wir zumindest vorerst auf einen vierten Gemeindepolizisten verzichten können. Denn man kann das viel

besser organisieren. Bei Pikett-Dienst braucht es einfach vier Leute, weil sonst die Erreichbarkeit an 365 Tagen im Jahr nicht möglich ist. Bei Doppelpatrouillen kann man den Dienst so einrichten, dass das möglich ist. Es führt zu gewissen Einschränkungen bei den Öffnungszeiten der Büros, was aber nicht heisst, dass die Gemeindepolizei nicht erreichbar wäre. Gegen Abmachung eines Termins sind sie immer für die Bevölkerung da. Das sind die Massnahmen, die wir getroffen haben. Ich kann heute schon sagen – ich habe heute mit Heinz Schäfer darüber geredet, es läuft jetzt seit Dezember so, das sind jetzt fünfeinhalb, sechs Wochen – die ersten Erfahrungen sind gut. Es ist aber natürlich noch eine viel zu kurze Zeitspanne, um einen endgültigen Schluss ziehen zu können. Wie gesagt, das läuft jetzt einmal so bis im Sommer, und auf den Herbst hin wird das überprüft, und dann wird wieder berichtet und geschaut, wie es weitergeht.

325 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4
Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 29.10.2007 betreffend
Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12.04.2000,
Verfahrenspostulat Josua M. Studer betreffend schriftliche Beantwortung
von Interpellationen
Geschäft 3724A

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage den Rat an, ob Sie mit der direkten Beratung einverstanden sind.

://:

Grossmehrheitlich Ja

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage auch an, ob Sie mit nur einer Lesung einverstanden sind.

://:

Grossmehrheitlich Ja

Susanne Studer, Präsidentin: Das Wort habe ich gerade. Ich mache es kurz. Das Büro des Einwohnerrates hat sich mit dem vorliegenden Verfahrenspostulat von Herrn Studer befasst und für gut befunden, dass man eine Interpellation des Gemeinderates auch schriftlich verlangen kann. Alles Weitere habt ihr in unserem Bericht gefunden. Ich frage euch an, ob das Eintreten bestritten ist... Entschuldigung, das Eintreten ist nicht bestritten. Wir kommen zur Diskussion; keine Wortmeldung. Dann kommen wir zur Lesung.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP lehnt das Verfahrenspostulat ab, und zwar aus Kostengründen. Die schriftliche Beantwortung von Interpellationen könnte jetzt schon auf Verlangen ausgegeben werden. Mit diesem Begehren wird nur zusätzlicher Papierkrieg generiert und die Verwaltung mit Mehrarbeit belastet. Aus diesen Gründen lehnt die CVP dieses Verfahrenspostulat ab.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Die FDP stimmt dem zu. Sie kann wahrscheinlich auch sicherlich dem Antrag der SP/EVP-Fraktion zustimmen. Wir haben das schon bei der ersten Beratung dieses Geschäfts gesagt, dass es für uns als Milizleute natürlich besser ist, wenn wir das schriftlich haben. In der Regel sind ja die Sachen sowieso schriftlich für Gemeinderäte da, dann müsste man das vielleicht noch in eine Form bringen, und uns kann man es dann hier an den Tisch legen. Also ich glaube, das ist kein grosser Mehraufwand und könnte uns einfach helfen, eine effiziente parlamentarische Arbeit zu erledigen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion findet diesen Vorschlag interessant. Im Landrat hat man bereits entsprechende Erfahrungen gemacht. Laut Verwaltung entstehen keine Mehrkosten. Das als klare Antwort auf das Votum von Frau Oppliger. Als einziger Punkt stört uns, dass man es nicht vollständig umsetzt. Nämlich nicht nur der Interpellant oder die Interpellantin hat gute Gründe, die schriftliche Antwort zu verlangen; auch die antwortende Behörde kann ihre Gründe haben, gerade wenn es zum Beispiel nützlich wäre, irgendwelche Tabellen, Bilder oder Grafiken abzugeben, und sie nicht

bloss darzustellen, und dann sind sie wieder weg. Von dem her – Sie haben es gesehen, Sie haben es auf dem Tisch – kommen wir mit dem Antrag, dass auch die antwortende Behörde auf die Schriftlichkeit wechseln kann. Somit können beide Seiten die Form wählen, die geeigneter ist, und dann macht das auch Sinn, und dann ist das auch tatsächlich eine Verbesserung unseres Geschäftsreglements.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Liebe Mathilde Oppliger, Entschuldigung dass ich dich anspreche, aber ich bin jetzt ein bisschen erstaunt, dass ich höre, dass man angeblich sowieso eine schriftliche Beantwortung einer Interpellation beantragen könne. Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates sieht so etwas nämlich nicht vor, ansonsten wäre ja meine Eingabe nutzlos. Im Reglement drin steht nämlich zurzeit: „Der Gemeinderat antwortet in der Regel in einer der nächsten Sitzungen mündlich“; und da steht nirgends, er antworte schriftlich, oder man habe die Möglichkeit, das zu beantragen. Und mein Antrag war ja folgendermassen: Antworten auf Interpellationen *sollen* schriftlich erfolgen; und dann kam das Votum von Siro Imber, dass es im Landrat so gehandhabt wird, dass Interpellationen grundsätzlich mündlich beantwortet werden, dass es aber auf Wunsch des Interpellanten in schriftlicher Form erfolgen kann. Und deshalb denke ich mir jetzt, wir sind jetzt darauf eingegangen, respektive das Büro des Einwohnerrates hat es uns so im Bericht geliefert, diese Form, weil ich damals in der Beratung der Überweisung dieses Postulats gesagt hatte, ich könne mit dieser Version leben. Und ich denke mir, es liegt, jetzt wegen dem Antrag von Seiten SP, im Ermessen des Gemeinderates, ob er schriftlich antwortet oder nicht, denn er untersteht ja nicht in dem Sinne dem Einwohnerrats-Geschäftsreglement. Er kann von sich aus selber Sachen machen, und das wäre sicher auch eine schriftliche Form, und deshalb wäre das jetzt nicht zwingend, dass wir auf diesen Sachantrag noch eingehen, aber es geht dann eigentlich in die Richtung, die ich ursprünglich hatte, dass einfach alle Interpellationen schriftlich kämen. Was den Kostenfaktor anbelangt, sehe ich da nicht so grosse Kosten. Es gibt eigentlich eher einen effizienteren Betrieb dadurch, dass wir das schriftlich haben, weil, sobald die Interpellationsbeantwortung traktandiert ist, liegt nämlich dann bereits schon die Antwort schriftlich vor. Und Sie sehen ja jetzt, wie wir es in den letzten Monaten hatten: Wir hatten langwierige Geschäfte; und Sachen, die traktandiert waren, sind vom letzten Jahr ins jetzige Jahr genommen worden; und gewisse Sachen werden sehr wahrscheinlich in die nächste Legislatur hineingenommen werden. Und wenn das aber jetzt traktandiert ist und eine Antwort in schriftlicher Form vorliegt, dann hätte man schon die Antwort und bräuchte nicht zwingend zu warten, bis dann endlich einmal das Traktandum drankommt; denn bis dann ist vielleicht der eine oder andere gar nicht mehr im Einwohnerrat. Selber muss ich so sagen: Dankeschön vielmals dem Büro des Einwohnerrates, dass sie uns den Bericht haben zukommen lassen. Mit der Version, wie sie es geben, kann ich gut leben, ich finde das super. Und das mit der SP, das kann man auch annehmen; es ist nicht zwingend, aber ich will mich sicher nicht dagegen wehren.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Wenn eine Interpellation eingereicht wird vom Einwohnerrat an den Gemeinderat, dann geht die Interpellation an das jeweilige Departement, das sich damit auseinandersetzen muss. Das heisst, die Verwaltung muss sich mit dem Thema auch auseinandersetzen, die Verwaltung formuliert eine fundierte Begründung und macht es soweit fertig, dass der jeweilige Departementsvorsteher das eigentlich sachverhältnismässig dann im Parlament beantworten kann. So läuft das. Und von dem her möchte ich sagen, ob jetzt das die Verwaltung in einem Grotti oder einem Sudel macht, oder ob sie es grad ins Reine schreibt, ich meine, Mathilde Oppliger, unter dem Begriff „sparen“ verstehe ich ein wenig andere Sachen als du, und von dem her sparen wir absolut kein Geld, überhaupt nicht. Wie gesagt, man kann das gerade ins Reine ausdrucken und es dann auch gerade so den Interpellanten, sei es im Parlament, zukommen lassen. Und von dem her resultieren daraus marginale – praktisch keine – Mehrkosten. Von dem her, eben, wie gesagt, ich verstehe da das Veto von Mathilde Oppliger nicht wegen Geld sparen. Man sollte sich einfach ein wenig auseinandersetzen, wenn man schon im Parlament ist: Wo geht das hin, wo geht mein Vorstoss hin? Die Verwaltung muss das auf jeden Fall immer bearbeiten, das kann mir jeder Gemeinderatskollege sicher bestätigen. Aus dem Stegreif, einfach so, darf ein Gemeinderat sowieso nicht Stellung nehmen, das beschliesst ja immer das gesamte Gremium, was für Antworten es sind, die müssen das einfach absegnen. In dem Sinne, wie gesagt, ist das schon in Ordnung, kann man das schriftlich herauslassen, diese Interpellationen. Keine Mehrkosten.

Susanne Studer, Präsidentin: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Kommen wir zur Lesung. Bitte, Frau Pozivil... Frau Oppliger bitte!

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Es freut mich, und es würde vor allem meinen Mann freuen, wenn er wüsste, dass ich hier als Sparerin bekannt bin. Ich habe jetzt gesagt, wir lehnen das Geschäft ab. Aber ich habe jetzt den Antrag gelesen von Thomas Pfaff. Den haben wir gelesen, und hinter diesem Antrag

könnte wir eigentlich stehen, weil da steht „wahlweise“. Man kann wählen – schriftlich oder mündlich. Das könnten wir unterstützen.

Susanne Studer, Präsidentin: Bitte, Frau Pozivil.

* * *

Lesung Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12.04.2000, Geschäft 3724A

[**Ursula Pozivil**, 2. Vizepräsidentin, ruft die Bestimmung auf, **Felix Keller**, 1. Vizepräsident, stellt die Wortmeldungen fest]

§ 42, Interpellation

Absatz 1 ist unverändert

Absatz 2

keine Wortmeldung

Absatz 3

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur sagen, dass jetzt an dieser Stelle der Antrag greift, und es wird also der 1. Satz, das sind die ersten dreieinhalb Zeilen in dieser Synopse, die ersten dreieinhalb Zeilen würden ersetzt durch die zwei Sätze, wie sie im Antrag vorgeschlagen werden. Alles, was unten dran ist, ist davon nicht beeinträchtigt.

Der Gemeinderat antwortet in der Regel in einer der nächsten Sitzungen. Die Antwort erfolgt wahlweise mündlich oder schriftlich, sofern nicht eine schriftliche Beantwortung verlangt worden ist.

://:

Grossmehrheitlich Ja

Absatz 4 ist unverändert.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir stimmen jetzt über die Anträge 2 bis 4 des Einwohnerratsbüros auf Seite 4 ab. Antrag 1 haben wir schon vorhin abgestimmt und angenommen.

Antrag 2: Die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12. April 2000, § 42, Interpellation, wird gemäss Beschlusstext beschlossen.

://:

Grossmehrheitlich Ja

Antrag 3: Die Teilrevision des Geschäftsreglements gemäss Beschluss Ziff. tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

://:

Grossmehrheitlich Ja

Antrag 4: Das Verfahrenspostulat Josua Studer, Geschäft Nr. 3724, wird als erledigt abgeschrieben

://:

Grossmehrheitlich Ja

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung. Wer der Anpassung des Geschäftsreglements zustimmen kann, zeigt das bitte mit der Karte.

://:

Grossmehrheitlich ja

Susanne Studer, Präsidentin: Somit ist das Geschäft 3724 abgeschlossen.

326 11.140 Gemeindeprojekte

Traktandum 5

**Bericht des Gemeinderates vom 19.12.2007 betreffend
Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 4'500'000.00
inkl. MWST für die Erstellung der ‚Sportanlage im Brüel‘
am Hegenheimermattweg (Parzelle A127)
Geschäft 3558B**

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich bin sehr froh, dass ich heute Abend die Abrechnung vorlegen kann. Und natürlich noch mehr freut es mich, dass wir mit 7'744.45 Franken Kreditunterschreitung fast eine Punktlandung gemacht haben. Wir schliessen damit ein Projekt ab, das ja eigentlich eine sehr lange Projektierungsphase und auch eine sehr lange Realisationsphase hatte. Der Wettbewerb von 2003; bis jetzt, also gut vier Jahre, waren wir daran. Sie mögen sich erinnern, dass wir eine tolle Wettbewerbsarbeit hatten, dass wir nachher für die Ausführung gewisse Änderungen vornehmen mussten in der Betreuung, also auf der Architektenseite. Sie haben dann auch erlebt, ich konnte mehrfach hier drinnen darüber reden, dass wir in der Realisationsphase schweres Wetterpech hatten, was immer wieder zu Verzögerungen führte, und zwar während der eigentlichen Bauzeit, dann nachher wegen der Aussaat-/Anpflanzzeit des Naturrasens, und am Schluss – dass hat allerdings hier jetzt mit dieser Abrechnung nichts zu tun – war das Projekt dann nochmals von einem Hochwasser betroffen. Also einen relativ langen Leidensweg hat das hinter sich, und ich bin sehr froh, dass wir es jetzt glücklich abschliessen können. Das ganze Projekt hat eine ausserordentlich intensive Kommissionsphase hinter sich; Sie konnten im Bericht lesen, wie viele Sitzungen das waren. In dieser Kommission, ich glaube, das war sehr speziell, hat der Nutzer sehr intensiv mitgearbeitet, also der FC. Das haben wir nicht bei jedem Projekt, das wir realisieren. Ich komme nachher nochmals darauf zurück. Diese Kommission hat nicht einfach, wie man das traditionellerweise macht, oder wir es bei den meisten Projekten bisher machen konnten, das Bauprojekt nochmals im Detail geprüft und dann den Bau als solchen begleitet, sondern man kann von einer echten Optimierungsphase reden. Von einer Phase also, wo wir das vorliegende Projekt, wie Sie es im Einwohnerrat bewilligt haben, ganz wesentlich verbessert haben in verschiedener Hinsicht, wo wir umgekehrt aber auch ganz klar Möglichkeiten suchen mussten, wie wir finanziell über die Runden kommen. Ich bin überzeugt, und das können Ihnen auch die Nutzer bestätigen, wir haben eine Lösung gefunden, bei der wir mit den Finanzen durchgekommen sind, und bei der das Projekt in keiner Art und Weise in seiner Qualität gelitten hat. Sondern wir haben heute einen schönen und einen guten Platz. In dieser Optimierung ging es letztlich darum, dass man wirklich das Allerletzte, was nur wünschbar ist, und wo man noch, was in der Dimension oder in der Art und Weise, wie es gestaltet ist, hätte reduzieren können – da haben wir jetzt wirklich nur noch das Notwendige. Dann ist, glaube ich, auch speziell für dieses Projekt zu erwähnen die Zusammenarbeit mit dem FC Allschwil. Ich sagte es vorhin schon, als Nutzer waren sie in der Kommission. Es war aber auch sehr spannend, das Nebeneinander von zwei Projekten mitzuerleben. Der FC Allschwil hatte ja ein eigenes Teilprojekt, kann man sagen, in seinem Clubhaus, welches er auf eigene Rechnung realisierte. Und da brauchte es sehr detaillierte, sehr intensive, zum Teil auch heftige Absprachen. Sie müssen einfach sehen, dass zum Teil gleiche Handwerker mit verschiedenem Auftrag arbeiteten, dass der FC zum Teil im gleichen Teilbereich eigene Handwerker eingesetzt hatte, dass zum Teil die Ausführung, z.B. Baumeisterarbeiten, durch die Gemeinde erfolgte, dass dann aber hinterher ein detailliertes Auseinanderdividieren der einzelnen Tätigkeiten, und damit der Zahlen, die entrichtet werden mussten, vorgenommen werden musste. Das war eine ausserordentlich aufwändige, aber auch sehr interessante Arbeit, und die Zusammenarbeit mit dem FC, ich sagte es vorhin, war spannend, und wir konnten sie auch gemeinsam zu einem guten Ende führen. Ich komme damit zum Dank. Ich möchte allen Mitgliedern der Baukommission danken, die mussten sehr lange daranbleiben, sie mussten sehr intensiv arbeiten.

Und ich möchte auch René Jenny danken für die Oberbauleitung, die er hatte. René Jenny kann auf zwei Gebäude – das kann nicht jeder – auf zwei Projekte in Allschwil zurückblicken: einerseits auf die Gemeindeverwaltung, die hat er noch in Konkurrenz zur Gemeinde realisiert, da war er noch auf der anderen Seite; jetzt konnte er diesen Sportplatz realisieren, dieses Mal auf unserer Seite. Es ist, glaube ich, auch der einzige von der Verwaltung, der es in so kurzer Zeit geschafft hat, dass er auf die Fasnachtsplakette kam dieses Jahr, mit dem Hinweis eben, dass wir vom Wetter nicht unbedingt nur gut bedient waren in diesem Projekt. Dies ein paar Gedanken zur Realisation. Ich bitte Sie, von dieser Abrechnung Kenntnis zu nehmen.

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung. Sie können sich jetzt in der Rednerliste eintragen lassen.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Wie Roman Meury sagte, war es eine ziemlich intensive Zeit und Arbeit, in der begleitenden Baukommission zu diesem Sportplatz war es sehr interessant und faszinierend. Es gab ein relativ grosses Auf und Ab. Das grösste war eben Anfang 06, als die Offerten hereinkamen für den Rasenteil, das war der grösste Brocken mit über zwei Millionen. Und plötzlich, als der billigste Offerteneinreicher einen Rückzieher machte, und der nächstbilligste war dann plötzlich 480'000 Franken teurer, da standen wir vor einem relativ grossen Problem, indem wir einfach an irgendeinem Ort sparen mussten. Es ist in dem Bericht schön umschrieben. Das einzige, was man an diesem Bericht eigentlich kritisieren kann, ein Schönheitsfehler: Es gab einen relativ grossen Einschnitt, indem man beschlossen hat, das Sparpotenzial dort wirken zu lassen, indem man das Garderoben-/Tribünen-Gebäude um eine Achse verkürzte, das heisst, es ist etwa fünf Meter kleiner als das, was wir abgestimmt hatten. Und es stört mich ein bisschen, dass das hier in dem Bericht nicht explizit erwähnt ist. Ich habe noch einen entsprechenden Antrag zur Ergänzung dieses Berichts, den ich kurz vorlegen möchte. Mir scheint es wichtig, dass das auch hier drin steht. Es ist ja nichts Schlimmes, sondern man hat gesagt, das sind die sakrosankten viereinhalb Millionen, das ist das oberste Credo. Dem hat man alles untergeordnet und musste dann halt zähneknirschend das Gebäude verkleinern. Doch es ist auch wirklich immer noch sehr funktionell und dient dem Zweck, für den es geplant war. Es hat noch baulich zwei Schönheitsfehler. Der eine ist das schöne Geländer um die Tribüne herum. Das Geländer an und für sich ist nicht schlecht; was mühsam ist, ist die Verankerung. Die Platten und Schrauben stehen bis zu zweieinhalb Zentimeter hoch, so dass man drüberstolpern kann. Das hat der Architekt in Eigenregie vergeben, also das hat er verbockt. Wir haben noch versucht, es zu korrigieren. Es wäre ziemlich heftig teuer geworden, etwa 75'000 Franken hätte man nochmals in die Hand nehmen müssen, was logischerweise nicht sinnvoll ist. Das Zweite ist einfach der Naturrasen, der nie, nie wachsen wollte, weil man ihn nie angesät hat. Ich bin mir da nicht ganz sicher gewesen, ob wir da nicht einfach ganz zuhinterst anstehen, einfach wenn man nichts mehr anderes zu tun hatte, hat man dort versucht, etwas an dem Rasen zu machen, und dann hat es grad wieder geregnet oder geschneit. Also dort hatte ich schon das Gefühl, man hätte ein bisschen mehr pushen können; denn teilweise hat es schon lange gestaubt, und uns wurde immer noch berichtet, es sei noch zu nass zum Einsäen. Aber das sind kleine Details. Im Grossen und Ganzen war das eine sehr zufrieden stellende Arbeit, eine sehr lehrreiche, und dank der Verkleinerung des Baus sind wir eben knapp bei dem Budgetrahmen geblieben, was für uns auch sehr wichtig war.

Nun möchte ich noch kurz den Änderungsantrag einreichen. Das ist unter „2. Bauausführung“, der 6. Abschnitt, wo es heisst: „Damit diese Gesamtkostenreduktion von demzufolge total Fr. 920'000 erreicht werden konnte, waren einschneidende, zum Teil konzeptionelle Planungsänderungen erforderlich“ [soll eingefügt werden] was ich dort schräg gestellt habe, das heisst: „Das Garderobengebäude wurde um eine Achse gekürzt, ca. 4,8 Meter“. Mir ist es wichtig, dass das so kommuniziert wird, dass wir da wirklich auf die Kosten geschaut haben und halt gegenüber dem, was wir abgestimmt haben, auch aufgenommen wird, dass wir ein kleineres Gebäude haben.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich habe grundsätzlich nichts dagegen, wenn man darauf hinweist, dass wir einschneidende Massnahmen vornehmen mussten. Es ist einfach so, dass wir mit der Massnahme, die da jetzt genannt wird, nur 90'000 Franken gespart haben; also es war eine Summe von Massnahmen, die letztlich dazu führte, dass das möglich war. Und zudem, wenn man es schon hineinnimmt, müssten die Zahlen stimmen. Ein Element misst 2,80 Meter, um 2,80 Meter ist das Gebäude kürzer; und ich möchte, wenn wir jetzt schon davon reden, doch noch sagen, was wir damit erreicht haben. Die Anzahl Garderoben selber, die Anzahl Duschen, alles was Räumlichkeiten angeht, ist nach wie vor drin; es ist dem kein einziger Raum zum Opfer gefallen. Die Elementverkürzung hat im Wesentlichen dazu geführt, dass das Gebäude verkleinert werden konnte, weil die Treppe herausgenommen wurde. Also die Treppe, die vorher im Gebäude drin war, die Treppe vom Parterre in den 1. Stock, die ist jetzt aussen dran. Und dadurch konnte man das Element verkürzen. Ich

bin der festen Überzeugung, dass die jetzige Lösung sogar die bessere ist. Warum? Es ist jetzt möglich, oben zuzumachen; und damit ist, wenn nur die unteren Garderoben benutzt werden, der obere Stock abgeschlossen. Er kann nicht verschmutzt werden, es kann nicht irgendwelcher Unfug, oder weiss ich was, im 2. Stock passieren. Was vorher nicht möglich war; da war das Gebäude in sich offen. Darum habe ich auch nicht nur von einer Phase gesprochen, in der man versuchte zu reduzieren, zu sparen, sondern ich nannte es „Optimierungsphase“. Also diese Sparmassnahme hat letztlich zu einer Optimierung geführt. Sie können das gerne schreiben, aber ich möchte Sie dann bitten, dass wir schreiben „2,80“, nicht „4,80“.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Wer den Ausführungen von Roman Meury aufmerksam zugehört hat, hat erfahren, dass der Nutzer der FC Allschwil ist. Als ich damals ein „Ja“ in die Urne legte, ging ich davon aus, und ich nehme an, die anderen auch, dass der Nutzer das Volk ist. Das hat mich ein bisschen befremdet.

Max Amsler, SD-Fraktion: Von der begleitenden Baukommission kann ich da wirklich der ganzen Kommission, inklusiver derjenigen, die Verantwortung trugen, ein Kränzlein winden. Wir haben etwas fertig gebracht für die nächsten 40 Jahre, für alle, die das in Allschwil noch erleben können und dürfen; und auch an die jungen Leute ist gedacht worden, die ein paar hundert sind, die heute auf diesem Sportplatz schon ihre Tätigkeit aufnehmen. In der Kommission waren gewisse Leute auch früher im Baufach, und da hat man überlegt und von der ersten Stunde an daran gearbeitet, und auch kleine Änderungen vorgenommen; es gab auch gewisse Diskussionen, wenn Leute, die im Baufach gearbeitet hatten, etwas entdeckt haben, das wurde nachher geändert. Aber es hat immer etwas gebracht. Und da hat auch der FC Allschwil voll mitgeschafft und mitgewirkt in der Kommission. Und ich möchte allen nochmals, und auch denen, die Verantwortung trugen, dass wir ohne Kredit durchgekommen sind, weil wir von der ersten Minute an alles durchstudiert haben; man hat auch ein paar Änderungen vorgenommen, und ich glaube, das spricht auch für die Zukunft, wenn wir andere Projekt haben, und ich möchte allen, die mitgearbeitet haben, nochmals herzlich danken.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Auch die FDP hat natürlich Freude, dass das Budget eingehalten werden konnte. Und auch wir sehen, dass dank dieser guten Arbeit auch wirklich etwas Gutes gemacht wurde. Das ist sicher etwas, das Allschwil weiterbringt.

Susanne Studer, Präsidentin: Die Rednerlist ist erschöpft. Wir kommen zum Antrag des Herrn Bieri. Der heisst:

Damit diese gravierende Gesamtkostenreduktion von demzufolge total rund Fr. 920'000 erreicht werden konnte, waren entscheidende und zum Teil konzeptionelle Planungsänderungen erforderlich. Das heisst, das Garderobengebäude/Tribüne wurde um eine Achse gekürzt (ca. 2,8 Meter).“

Wer dem Antrag zustimmen kann, zeigt das bitte mit der Karte.

://:

Mit 18 Ja, bei 13 Nein und 3 Enthaltungen wird der Antrag angenommen.

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates auf Seite 6

Von der Bauabrechnung für die Erstellung der Sportanlage ‚Im Brüel‘, am Hegenheimermattweg, in der Höhe von Fr. 4'613'491.95 wird Kenntnis genommen.
§ 6 Abs. 2 der beantragten Fassung wird ersatzlos gestrichen.

://:

Grossmehrheitlich Ja

Susanne Studer, Präsidentin: Somit ist dieses Geschäft abgeschlossen.

327 12.610 Tram

Traktandum 6

**Postulat Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 19.06.2007, betreffend
Kein Aussteigen am Morgartenring, sondern Basel – Allschwil
direkt mit dem 6er!
Geschäft 3737**

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Herr Adam ist heute leider nicht da. Ich rede in seiner Vertretung. Sicher ist es Ihnen auch schon passiert, dass Sie am Morgartenring anlangten, und da war Endstation. Es ist ärgerlich, vor allem wenn man nach einem langen Arbeitstag baldmöglichst nach Hause kommen möchte; und dann muss man dort aussteigen und warten, bis das nächste Tram kommt. Noch ärgerlicher ist es, wenn man von einer Reise nach Hause kommt mit Gepäck, und das alles aus- und wieder einladen muss. Schlimmer noch ergeht es aber den Spätheimkehrern, denen das letzte Tram nur noch bis Morgartenring fährt. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als zu Fuss nach Allschwil zu gehen. Die jungen Leute, die hauptsächlich zu dieser Zeit unterwegs sind, haben kaum das Geld, um ein Taxi finanzieren zu können. Vor allem junge Mädchen sind auf diesen Wegen gefährdet, und es ist nicht ratsam, dass die allein heimlaufen müssen. Allschwil ist eine grosse Gemeinde, die Anspruch erheben müsste, dass alle Tram bis Allschwil Endstation fahren. Es kann doch nicht sein, dass wieder einmal Allschwil stiefmütterlich behandelt wird. Damit muss jetzt Schluss sein, und der Gemeinderat ist gebeten, sich dafür einzusetzen, dass das 6er-Tram bei jeder Fahrt bis ins Dorf geführt wird, und erst hinterher ins Depot gebracht wird.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Der Gemeinderat ist bereit, dieses Postulat entgegenezunehmen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Dass der 6er nicht immer gerade ins Dorf fährt von gewissen Zeiten an, das kann ich noch nachvollziehen. Aber ich meine, das ist schon länger so. Und jetzt eben, vorhin, Mathilde Oppliger, hast du so schön vom Sparen geredet. Das ist natürlich dann, wenn man das macht, dass jeder Kurs bis Allschwil Dorf geht, dann ist das natürlich auch mit Mehrkosten verbunden für Allschwiler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das dürft ihr natürlich nicht ausser Acht lassen...

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Steiger, jetzt muss ich Sie wieder unterbrechen. Sie sollten einen Gegenantrag stellen, damit wir zur Diskussion kommen. Sie sollen das bitte sagen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Begründen, ich will nur begründen, dass ich diesbezüglich nicht unbedingt für Überweisen dieses Postulats bin. Und, eben, wie gesagt, ich will ja auch ausführen, ich weiss nicht, Susanne Studer, wer bläst dir da einen Elfmeter ein, wenn ich rede. Mich boykottiert man; andere von der linken Seite, die...

Susanne Studer, Präsidentin: Es ist niemand, der dreinredet, Herr Steiger! Es ist klar, wenn der Gemeinderat das entgegennimmt und man eine Diskussion will, dann verlangt man zuerst einen Gegenantrag, und dann kann man diskutieren.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Also gut, ich verlange eine Diskussion.

Susanne Studer, Präsidentin: Okay.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: ...das heisst einen Gegenantrag, ja. Ich stelle es in Frage, die Überweisung dieses Postulats. Ich gehe jetzt davon aus, der Gemeinderat muss ja zuerst auch, eben, wie gesagt, wie es da verlangt wird im Postulat, mit der BVB Kontakt aufnehmen. Und der Gemeinderat weiss wahrscheinlich auch, dass allenfalls, wenn man die Kurse verdichten will, dies mit Mehrkosten verbunden ist. Ich nehme an, das weiss der Gemeinderat auch. Das sind einmal Sachen, eben, wo ich jetzt grundsätzlich sage, wie gesagt, wenn ihr immer kommt, wir sind finanziell nicht gut dran. Bis jetzt ist es so gegangen; gut, es ist nicht immer angenehm für gewisse Leute, aber ich würde jetzt sagen für Nachtschwärmer, muss ich sagen, von einer gewissen Zeit an, tut es manchem noch gut, wenn der in der Stadt die Lampe gefüllt hat, wenn er dann vom Morgartenring bis nach Hause läuft, dann ist er nämlich wieder halbwegs nüchtern, bis er daheim ist. Das, meine ich, das ist andererseits eben schon wieder ein bisschen auf die weiche Tour: die armen Jungen, je, die armen Jungen, nicht, sie müssen einfach wieder gehätschelt werden. Es hat doch auch ein wenig mit einer gewissen Eigenverantwortung zu tun, wenn man vielleicht, weiss du, das Tram fährt nicht. Entweder nehme ich das dann in Kauf, oder ich muss halt auch mal in die Tasche greifen, oder ich muss mit dem Velo gehen; nicht einfach vorbehaltlos das Tram fährt und fährt und fährt jeden Kurs, dann muss ich ja auch wieder mal eruieren, wie viele Leute sind überhaupt in dem Tram drin am Schluss? Wenn es nur zwei, drei Nachtschwärmer sind, die jetzt da bei der CVP reklamieren haben, dann nehme ich an, macht man da nicht extra eine Extrawurst. Mit dem habe ich jetzt ein wenig Probleme, mit der Überweisung dieses Postulats, aber jetzt kann ich, Robert Vogt, sagen, es ist nicht unbedingt verbindlich, dass das dann auch so umgesetzt wird. Von dem gehe ich aus, und also gut, ich nehme an, der Gemeinderat, wenn wir das jetzt überweisen müssen, oder er nimmt das entgegen, ich habe nicht unbedingt Freude dran, immer nur diese Jammerei, und man will sich einfach profilieren krampfhaft nach allen Seiten, und das passt mir einfach nicht bei gewissen Kreisen, oder. Es geht auf die Wahlen zu, ich weiss es. Von dem her, Robert Vogt, würdest du Bericht erstatten, oder der Gemeinderat, bevor überhaupt da Mehrausgaben getätigt würden? Ist das so zu verstehen? Dankschön. Sonst ist es mir dann gleich, dann erhebe ich keine Opposition mehr, wenn das so ist.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich möchte eigentlich das Gleiche sagen, aber ich versuche, es kürzer zu machen. Ich denke, das Relikt aus dem Mittelalter, dass das Tram am Morgartenring haltet, das finde ich gut, das ist für mich in Ordnung, und von mir aus kann das auch so bleiben. Also ich bin nicht für die Überweisung dieses Postulats.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Der erste richtige Gegenantrag: Wir stellen den Gegenantrag zum Geschäft Nr. 3737, und zwar sind wir grundsätzlich dafür, dass das Postulat überwiesen wird. Wir haben aber eine kleine Änderung, weil wahrscheinlich im jugendlichen Übermut zwei Sachen von Rolf Adam verwechselt worden sind. In der Begründung und weiter unten ist nicht ganz klar ersichtlich, ob das Tram die ganze Woche durchgeführt werden soll, oder ob es nur am Wochenende durchgeführt werden soll. Darum haben wir folgenden Gegenantrag gestellt:

Der Gemeinderat wird eingeladen, sich bei den entsprechenden Behörden dafür einzusetzen, dass jeweils am Freitag und Samstag die Kurse der Linie 6 alle nach Allschwil geführt werden, bevor sie ins Depot fahren.

Rolf Adam hat in der Begründung, leider ist er nicht da, aber ich nehme an, er hat sich gut abgesprochen in der Fraktion, dass vor allem die letzten drei Tramfahrten, und die Zeiten, die er da aufführt, weisen darauf hin, dass das vor allem Freitag und Samstag ist, denn unter der Woche sind sie, glaube ich, nicht so spät. Und die sollte man ins Dorf führen und dann wieder zurück ins Depot. Die SP/EVP-Fraktion kann sich dem selbstverständlich anschliessen; wir möchten das überweisen, aber es muss ein bisschen klarer formuliert sein, und deswegen haben wir den Gegenantrag so gestellt. Wenn ihr euch damit einverstanden erklären könnt, dass es mittlerweile einmal ums Wochenende geht, wo vor allem die Jugendlichen in den Ausgang gehen sollen, dann stehen wir da voll dahinter und unterstützen den Antrag.

Josua Studer, SVP-Fraktion: In dem Fall kommt jetzt der zweite richtige Gegenantrag. Er kommt zwar in mündlicher Form, weil er eigentlich kurz ist, aber lang umschrieben wird.

Wir stellen Gegenantrag,

dass das nicht entgegengenommen wird vom Gemeinderat,

aus folgendem Grund. Darf ich bitten, eine Folie aufzulegen über die Fahrplandaten der Linie 6. [Zuruf betr. schlechter Leserlichkeit] Ja, ja, wenn man eine Varilux-Brille hat, kann man das lesen, wir haben ein gutes Optikergeschäft da vorne an der Binningerstrasse, seither lese ich wieder so kleine Zahlen. Es ist Folgendes. Ich rede jetzt ein bisschen als Profi. Ich nehme dem Gemeinderat gerne die Arbeit ab, über ein Postulat zu berichten. Es ist nämlich Folgendes. Wir brauchen nicht darüber zu reden, ob Montag bis Donnerstag oder Freitag/Samstag/Sonntag; denn zurzeit sieht es so aus, dass die Jungen immer, egal, was es für ein Tag ist, auf die Welle gehen. Und ich kann euch so viel sagen, wenn wir Frühdienst haben, fahren wir am Morgen, um halb 5 bis Viertel vor 5 herum, an die Heuwaage hinunter, und dort unten sind Zustände, wie ich sie vor 20 Jahren gekannt habe nachts um 10 Uhr im Kleinbasel. Und deshalb: Tramverbindungen, die um Mitternacht Richtung Allschwil kommen, weiterzuführen, ist sinnlos; denn dann gehen die noch gar nicht heim. Die meisten gehen dann erst in die Stadt: denn das wird jetzt der nächste Antrag sein, dass man nämlich mehr Tramverbindungen in die Stadt machen sollte. Es ist auch Folgendes einmal zu sagen: Wenn ihr diese Grafik anschaut, dann sind da sämtliche Kurse aufgeführt vom Barfüsserplatz ab. Das ist eine Grundidee, dass man aus der Stadt heimkommt. Und das sind Tramverbindungen, mit denen Gewisse an den Morgartenring fahren und aussteigen, aber gar nicht in einem 6er drin sind, sondern zum Beispiel in einem 14er- oder einem 3er-Tram, das nämlich auf diesem Weg einstellt, und somit gar kein 6er ist, das weitergeführt wird nach Allschwil. Und wenn man nämlich aussteigt am Morgarten, dann seht ihr, sind das so sechs, sieben Minuten, die man warten muss, bis man eine Verbindung nach Allschwil hat, eben so abends um 8, 9 Uhr herum. Wenn wir jetzt weitergehen und die Mitternachtszeit nehmen, dann seht ihr, dass man drei Minuten nach 12 Uhr ab Barfüsserplatz unter der Woche eine Verbindung nach Allschwil hat, und grundsätzlich ist ja Polizeistunde 24.00 Uhr, also ist das eigentlich die Zeit zum Heimgehen...eigentlich. Okay, soviel. Wenn man dann weiterschaut, aus Erfahrung, wenn sich das Tram am Morgarten leert, dann laufen die Leute, und ab Lindenplatz sind die meisten Leute von der Baslerstrasse weg, dann gehen sie nicht mehr auf der Baslerstrasse weiter, weil sich der grösste Teil dort schon verteilt. Und drum sehe ich gar nicht ein, warum ich dann mit einem leeren Tram nach Allschwil hinauf fahren sollte Und wenn man dann denkt, was das kostet – das kostet ein Mehrfaches mehr als schriftliche Beantwortungen von Interpellationen, und da habe ich einfach Mühe, dass einerseits die CVP sparen möchte, aber dort wollt ihr das Geld hinauswerfen. Wir fahren mit diesen Trams mit warmer Luft nach Allschwil hinein und zurück. Okay. Mathilde Oppliger hat [die Sache] angesprochen mit den Koffern. Man kommt also nicht vom Barfi mit einem Koffer. Und um 8 Uhr machen die Läden zu, und wenn man so lang im Braunen Mutz gesessen ist, dann vermag man den noch lange heimzutragen, denn er ist ja leer, der Koffer, wenn man ihn in der Manor gekauft hat. Nein, wenn man jetzt vom Bahnhof her kommt, da kann ich das jetzt nachvollziehen, dass man sagt, bei gewissen Verbindungen wäre es gut, wenn die nach Allschwil geführt würden, und die habe ich mit grauen Feldern hinterlegt. Das wäre jetzt für mich ein Antrag, dem ich zustimmen könnte, wo ich sagen kann, das gibt Sinn. Da kommen Leute vom Zug, und die haben Koffer dabei, und das gibt dann Sinn, dass die nicht am Bahnhof ein Taxi nehmen müssen. Aber, wie es Bruno Steiger sagte, die, die sich die Lampe füllen, die können auch anders heimgehen, also Entschuldigung. Deshalb sind wir nicht dafür, dass der Gemeinderat das entgegennimmt; Respektive durch die Anträge, die wir jetzt gestellt haben, dass das nicht überwiesen wird.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich komme nochmals. Also ich habe es so verstanden, dass die Fahrten, die zum Beispiel um 8 bis 9 Uhr nur bis Morgartenring fahren, auch bis ins Dorf geführt werden sollten. Denn dort hat es immer relativ viele Leute, und ich habe auch schon Leute gesehen und bin auch schon vom Bahnhof ins Brausebad, bin umgestiegen, dann kam ein 6er, der fuhr nur bis Morgartenring, da musste ich wieder umsteigen, also das gibt es auch. Aber wie ich das verstehe von Rolf Adam, möchte er, dass auch zwischen 20 und 21 Uhr die Trams, die dann aus dem Verkehr genommen werden, ins Dorf fahren, und dann retour, und dann erst ins Depot. Und ich meine, kosten – das ist wahr, es wird sicher etwas kosten. Aber wir haben unsere Einwohner in Allschwil, die sollten einfach mit dem öffentlichen Verkehr bedient werden, und dann wird auch weniger mit den Autos herumgefahren, oder Töff, oder was es auch ist. Also ich wäre dafür, dass der Gemeinderat das entgegennimmt.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Ich möchte darauf hinweisen, um 02:30 Uhr fährt jeweils am Barfi ein Nachtbus ab, und da kann man, je nachdem, ob man ein Konto bei der Kantonalbank hat, für drei Franken oder für zwei Franken, oder sonst für fünf Franken, mit dem Bus genau die Linie abfahren. Man wird bedient. Es ginge dann um eine kleine Lücke, die es hat zwischen dem letzten Tram und 02:30 Uhr, und ich denke, das ist zumutbar; denn sonst können wir es dann noch mehr ausweiten, und schlussendlich müssen wir uns auf das konzentrieren, was wichtig ist, und ich glaube, wir haben das heute gemacht mit einem ganz schweren Entscheid, und dann nachher denke ich, dass wir so weiterfahren sollten, und auch im Sinne des heutigen Abends.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte betonen, wir haben unseren Antrag zur Ergänzung von euch hinübergegeben. Da machen wir mit. Ich möchte doch noch zwei Sachen zu Josua Studer sagen. Meine Frau ist froh, wenn sie im Tram warme Luft hat, apropos. Dass die Leute sich ab Lindenplatz verteilen, ist logisch. Wer Richtung Bettenacker hinaufgeht, geht die Spitzwaldstrasse weg und läuft nicht den Umweg dem 6er entlang. Wer Richtung Jucharten geht, geht beim Lindenplatz weg und hinten durch, es ist ein bisschen ruhiger zu laufen, eben ruhigere Strassen. Ein Wort noch schnell zum „Profi“, es hat mich einfach gereizt vorhin. Josua, beim 33er hattest du ganz klar gesagt, das werde nicht funktionieren durch diese Quartierstrassen hindurch, Parkallee, diese Ecke ist nicht möglich, es gibt Probleme für die Chauffeure, mit Recht auch, diese Kurve zu ziehen. Ein Jahr später bringst du den Antrag auf Verdichtung der Linie 33. Ich denke einfach, es braucht Erfahrung, und es braucht Erfahrung auch jetzt mit dem Antrag der CVP oder vom Rolf Adam. Ich denke, man muss schauen, und ich bin auch parat abzuwarten, was uns der Gemeinderat dann nachher mitteilen kann zu dieser Variante in der Form, die Christoph Morat vorhin sagte, Mathilde Oppliger.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Ich muss jetzt einfach mal kurz sagen, ein paar haben gemerkt, dass ich in der Pause ziemlich auf 180 war dadurch, dass Tempo 30 so abgelehnt worden ist. In Bezug darauf unterstütze ich selbstverständlich den Antrag von Christoph Morat. Ich verstehe aber einfach effektiv die Haltung der CVP überhaupt nicht. Ich bin jetzt einfach im Moment in der Situation, dass ich kleinere und grössere Kinder habe. Die kleineren Kinder hätte Tempo 30 betroffen, die grösseren betrifft das Tram. Warum ihr jetzt das Tram – also die grösseren Kinder muss man schützen, die kleineren nicht, das ist mir ein absolutes Rätsel, und da bin ich einfach *stinkhässig*. Und das verstehe ich nicht. Aber der Antrag von Christoph Morat wird selbstverständlich gerne unterstützt.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Ich möchte gleichwohl noch etwas wissen. Und zwar, ich finde es sehr gut, dass Robert Vogt das Postulat übernimmt und es auch überprüft. Ich glaube, das ist mal ganz interessant zu wissen: Was kostet das eigentlich? Ist das tatsächlich bezahlbar oder nicht? Ich glaube, erst dann wäre der Moment, wo wir das entscheiden, liegt das drin oder nicht? Aber ich glaube, die Chance kann man ja eigentlich einmal dem Gemeinderat geben, das abzuklären, wie die Kosten dann sind.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Es geht dem Gemeinderat tatsächlich darum, dass wir das gesamte öffentliche Verkehrsangebot überprüfen. Und da gehört eben auch dazu, ob man die Abendzeiten verdichten will, ob man nach Mitternacht verdichten will, und selbstverständlich würde das Geld kosten, aber wir geben es ja noch nicht aus. Wir möchten das eben überprüfen, Ihnen die Vorschläge unterbreiten und dannzumal, mit den Zahlen, können Sie die Entscheidungen dann auch wirklich seriös treffen. Aber in diesem Moment bin ich sehr dafür, dass das Postulat entgegenkommt, und dann können wir zu gegebener Zeit die Fragen beantworten.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ganz kurze Frage an den Gemeinderat: Eine Seite ist ja für den ÖV, das heisst jetzt bei diesem Postulat möchte er es gerne entgegennehmen. Das nächste, was auf ihn zukommt, ist die Gemeindetageskarte, dort möchte er es nicht entgegennehmen. Ich kann das nicht nachvollziehen, wenn es ja noch nicht ausgegeben wird, das Geld, und man nur abklärt, dann könnte man ja beides entgegennehmen, wenn schon.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich weiss, es ist Wahlkampf. Ich melde mich nicht deswegen. Aber trotz allem, es ist ein Postulat. Und der Gemeinderat hat gesagt, man prüft. Jetzt sucht der Einwohnerrat in allen möglichen Richtungen die Antworten, die der Gemeinderat in dieser Prüfung bringen wird, was es kostet und ob man es verantworten kann. Dann liegen die Fakten auf dem Tisch. Ich sehe den Wirbel nicht ganz, der da jetzt um das Thema gemacht wird.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Entschuldigung, der Gemeindepräsident hat es gesagt: prüfen und berichten. Aber ein Postulat kann zwei Sachen; und zwar prüfen und berichten, und zweitens im Kompetenzbereich des Gemeinderates zu einem Vorgehen einladen. Und so, wie ich das lese, ist es eher das Zweite, dass ihr eingeladen werdet zu einem Vorgehen, und nicht zu prüfen und zu berichten. Denn der Text sagt das so nicht, und das heisst, ihr müsstet eigentlich so tätig werden, und das ist der Auftrag vom Parlament, ein politischer.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Tut mir leid, das ist ein Irrtum. „Postulat“ ist definiert bei uns in der Gemeindeordnung, und dort steht ganz klar drin, dass wir bei einem Postulat „prüfen und berichten“, da wird kein Beschluss gefällt. Nur bei der Motion wird der Gemeinderat für eine bestimmte Tätigkeit verpflichtend beauftragt. Beim Postulat müssen wir wieder an den Einwohnerrat kommen.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Also dann wundert es mich, dass der Gemeinderat das überhaupt entgegennimmt. Weil, Siro Imber hat das total richtig gelesen: Das ist eine Einladung zum aktiv werden, nicht prüfen und berichten. Hingegen unser Gegenantrag ist prüfen und berichten, also [seid ihr] eingeladen, euch einzusetzen für die späten Tramlinien, dass die nach Allschwil geführt werden. Also wir möchten schon, dass der Gemeinderat aktiv wird, da steht nirgends „prüfen und berichten“. Sonst müsstet ihr es ablehnen und sagen, das ist eine Motion, so wie es dasteht. Also da bin ich jetzt nicht ganz sicher, ob das richtig ist

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Es ist ein wenig kompliziert offenbar. Der Gemeinderat wird aktiv werden, indem er es ermittelt, einen Bericht macht, Antrag stellt, und das wird abgegeben, wie wir das bei allen Postulaten letztendlich machen. Aber der Gemeinderat wird nicht bei einem Postulat – sonst müsste es eine Motion sein – direkt diese Tramverbindungen so durchsetzen, zumal wenn es Kosten gibt.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Ich komme wieder einmal zu meinem Steckenpferd, und das ist das Geschäftsreglement Einwohnerrat: „Mit dem Postulat kann der Einwohnerrat zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten im gemeinderätlichen Kompetenzbereich einladen.“ Das ist die Aussage, die Herr Imber gemacht hat, und das ist die Aussage, der vorhin der Gemeindepräsident widersprochen hat. Es gibt Postulate „prüfen und berichten“, es gibt aber auch die Fassung „zu einem Verhalten einladen“. Wohlverstanden: es ist nur ein Einladen, erst die Motion hat dann auch eine gewisse Verbindlichkeit. Das Postulat hat keine Verbindlichkeit. Das ist § 39 Ziff. 2, lit b.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Nur ganz kurz. Herr Gemeinderat Vogt sagte vorhin, grundsätzlich will der Gemeinderat ja die Situation des ÖV überprüfen. Er braucht gar kein Postulat. Sie wollen etwas tun. Wir setzen eins obendrauf und sagen: Bitte prüft das, nämlich abends diese Spätkurse zu verlängern. Wir brauchen den Rest gar nicht. Meine Damen und Herren, das Postulat abändern, der Auftrag wird klar formuliert, den Rest macht der Gemeinderat bereits.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Also ich muss einfach schon nochmals klarstellen: „Zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten im gemeinderätlichen Kompetenzbereich einladen“, und wenn eine Tram- oder Buslinienführung im Kompetenzbereich des Gemeinderates ist, dann wundert es mich; das ist es eben nicht. Und gleichzeitig „verpflichten, einen noch nicht in Beratung stehenden Gegenstand zu prüfen und dem Rat darüber zu berichten und eventuell Antrag zu stellen“ – von dem reden wir an und für sich, also!

Susanne Studer, Präsidentin: Wir stimmen jetzt über den Gegenantrag des Herrn Morat ab.

Der Gemeinderat wird eingeladen, sich bei den entsprechenden Behörden dafür einzusetzen, dass jeweils am Freitag und Samstag die Kurse der Linie 6 alle nach Allschwil geführt werden, bevor sie ins Depot fahren.
--

://:

Gegenantrag angenommen mit 20 Ja bei 13 Nein

Susanne Studer, Präsidentin: Wer das Postulat 3737 in der Fassung des SP-Antrages überweisen möchte, zeigt das mit der Karte.

[1:05:30 bis 1:05:43: ungeordnete Diskussion darüber, ob das Abstimmungsthema richtig formuliert ist. Susanne Studer, Präsidentin: Die CVP zieht ihr Postulat zurück. Damit beenden wir die Sitzung...ungeordnete Diskussion]

Josua Studer, SVP-Fraktion: Moment, jetzt habe ich einfach ein Problem. Die CVP zieht zurück, somit ist also der Gegenantrag auch zurückgezogen! [Zurufe: Nein!] Ja dann gäbe doch der Gegenantrag ein neues Postulat, wenn das [ursprüngliche] Postulat zurückgezogen wird. Verstehen wir uns doch richtig: Es ist ein Postulat eingereicht. Es gibt einen Antrag auf das Postulat drauf, ein Gegenantrag. Also gut, wenn wir das jetzt eigenständig betrachten, müssen wir den zuerst noch überweisen, meine Damen und Herren, wenn wir es richtig machen wollen. Nicht pressieren, nur weil es jetzt 9 Uhr gewesen ist und es kein Sitzungsgeld mehr gibt!

Susanne Studer, Präsidentin: Also wir stimmen jetzt ab, ob das Postulat überwiesen wird in der Form des Gegenantrages. Ist das jetzt in Ordnung? Okay. Wer das Postulat 3737 überweisen möchte, zeigt das mit der Karte.

://:

Überweisung beschlossen mit 21 Ja bei 13 Nein.

Susanne Studer, Präsidentin: schliesst die Sitzung
